

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Urkunden und Akten der Stadt Strassburg**

1531 - 1539

**Straßburg**

**Straßburg, 1887**

1534

[urn:nbn:de:bsz:31-333350](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-333350)

## 211. Kurfürst Ludwig und Herzog Friedrich v. d. Pfalz an den Rat.

Januar 5.

*Str. St. Arch. AA 568. Ausf.*

Beglaubigen ihren Diener Balthasar Hauer zu einer mündlichen Werbung und bitten, ihm gutwilliges Gehör zu schenken. — «Dat. uf montag nachm neuen jarstag a. etc. 34.» — Lect. Jan. 26.

## 212. Der Rat an Landgraf Philipp.

Januar 8.

*Marb. Arch. Ausf. perg.*

Hat Bedenken gegen die uneingeschränkte Recusation des Kammergerichts; will jedoch eventuell die derzeitigen Beisitzer mit einigem Vorbehalt in allen Sachen recusieren. — Inhalt der in Speier übergebenen Recusationsschrift (nur für Religions-sachen). Das Gericht verweigert die Annahme.

nr. 209.

Das Schreiben des Landgrafen vom 28. December samt eingeschlossener Copie des kurfürstlichen Schreibens habe man so schnell wie möglich den oberländischen Städten mitgeteilt<sup>1</sup>. Der Vorschlag, die Recusation auf alle Sachen ohne Unterschied auszudehnen, sei zu spät gekommen, da Strassburg seine Gesandten schon mit der Instruction, nur in Glaubenssachen zu recusieren, nach Speier abgefertigt habe. Gleichwohl habe man den Vorschlag in Erwägung gezogen und habe «anderst nit befinden können, dann das also stracks in der gemain und on unterschied das kai. cammergericht ze waigern oder ze recusirn, etwas fur beschwerlich und nachredlich, auch dafur bi den leuten — und sonderlich denjenign, so uns on das abgunstig sind — geachtet und gehalten, dergestalt auch gedeutet oder usgelegt werden mocht, als ob wir nit gern recht und gerechtigkeit im heilign reich wissen noch sehn wolten, oder aber unserer sachs dermassen abscheuhens trugn, das wir gar kain recht derhalbñ leiden mochten.» Da aber andererseits richtig sei, dass die Evangelischen nach geschehener Recusation in Religionssachen auch in andern Prozessen am Kammergericht keine Unparteilichkeit zu erwarten hätten, so sei man bereit, in der Voraussetzung, dass die andern

<sup>1</sup> Strassburg an Ulm d. d. Jan. 7. Ulm. Arch.

Stände beistimmten, den Gesandten in Speier nachträglich Vollmacht zu geben, «namlich das die recusation dergestalt geendert und furbracht werd, das man disen cammerrichter und dise beisitzer, also lang und vil si der ort sitzen oder alda bleibn thun, in alln sachn waigere oder recusier, das also di recusation uf ir person, als den graven von Beichlingn, item uf den probst und den dechand etc. als beisitzer, und nit uf das collegium als ain kai. cammergericht etc. gedeutet und gestelt werd, mit dem sondern usdrucklichn angeheften erbiten: so und wann hernachmals das cammergericht durch kai. mt., des reichs churf., fursten, stend und stet gemainlichen laut der ordnung mit dapfern gelerten erfahren und unparteiischen richtern und urtailern anderwärts besetzt und wider ergenzt wurdet, das wir alsdann dem cammergericht in namen, anstat und von wegn kai. mt. alle geburliche gehorsame und underthenigkait laisten und erzaign wolten.» — Dat. Do. 8. Jan. a. 34.

*Auf ein weiteres Schreiben des Landgrafen in dieser Sache vom 1. Januar erwiderte der Rat am 14., dass er in oben angedeuteter Weise bereits an seine Gesandten in Speier geschrieben hätte<sup>1</sup>.*

*Ueber die Speierer Verhandlungen selbst findet sich in den Strassburger Acten nichts; nicht einmal von der Recusationsschrift, welche dem Kammergericht übergeben wurde, ist eine Copie vorhanden. Dagegen besitzt u. a. das Ulmer und das Basler Archiv eine Abschrift des umfangreichen Notariatsinstruments über die Recusation, d. d. 1534 Jan. 30<sup>2</sup>. Der Vertreter Strassburgs in Speier war dem zufolge der Altammeister Daniel Mieg. In dem Schriftstück erklären die vereinigten evangelischen Stände feierlich, dass sie den kaiserlichen Kammerrichter, Grafen von Beichlingen, und den „Mehrteil“ der Beisitzer als „argwöhnisch und parteiisch“ recusieren, jedoch nur für Prozesse, in denen es sich um Religionssachen handelt, nicht auch — wie Hessen und Strassburg beantragten — für alle anderen Streitsachen. Es wird dann zuerst nachgewiesen, dass die anhängigen Prozesse unmittelbar aus der Religion fliessen; darauf werden die Gründe dargethan, warum man Kammerrichter und Beisitzer in Religionssachen für parteiisch ansehen müsse: der Graf von Beichlingen sei ein so eifriger Anhänger des papistischen Glaubens, dass er zwei Söhne für den geistlichen Stand erzogen habe; ferner habe er u. a. zwei Anwälte, als des neuen Bekenntnisses verdächtig, entsetzt und auch sonst sich mehrfach offen als Gegner der evangelischen Lehre bekannt. Dasselbe sei mit der Mehrzahl der Beisitzer der Fall; viele von ihnen besäßen Propsteien und Pfründen oder hätten wenigstens Freunde und Brüder im geistlichen Stand; andere wären in engster Beziehung zu geistlichen Fürsten oder ständen mit ihnen in Unterhandlung, um in ihren Dienst zu treten. Ferner habe das Kammergericht „ungewöhnliche und exorbitantia mandata“ wider die Protestierenden erlassen „sine causae cognitione und ohne clausula justificatoria.“ Für die papistische Gesinnung des Gerichts spreche es auch, dass seinen Angehörigen bei hoher Strafe geboten sei, sich an gewissen*

<sup>1</sup> Marb. Arch.

<sup>2</sup> Ulm. Arch. Ref. T. XVII, Basl. Arch. St. 75 B 3 f. 38-56. Die Basler Copie ist von der Hand Michel Han's.

Prozessionen zu beteiligen, obwohl das in keiner Reichsordnung stehe und wider jedes Herkommen sei. Die Stände erboten sich, diese Anschuldigungen coram arbitris zu beweisen und schlagen folgende Schiedsrichter vor: Heinrich von Mecklenburg, Pfalzgraf Ruprecht, Christian von Holstein, Georg von Württemberg und die Städte Augsburg und Worms. Jedes weitere Verfahren des Gerichts in Religionssachen, bevor der schiedsrichterliche Spruch über die Recusation gefällt sei, erklären die Stände für null und nichtig.

Wie vorauszusehen war, wurde die Annahme der Recusationsschrift vom Kammergericht verweigert; die Protestierenden konnten nicht einmal erreichen, dass das Schriftstück in öffentlicher Audienz verlesen wurde. Sie beschloßen deshalb, es durch den Druck möglichst zu verbreiten, und zur Zeit der Messe in Frankfurt eine neue Versammlung abzuhalten, um wegen weiterer Massnahmen zu beraten<sup>1</sup>.

### 213. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Januar 29.  
Nomeny.

*Marb. Arch. Conc. Auszug bei Rommel II 502.*

Berichtet über seine Zusammenkunft mit dem König von Frankreich.

«Nochdem wir izo, wie ir numehr wissen muget, bei dem konige zu Frankreich gewesen seint<sup>2</sup>, so wollen wir gnediger und vortrewlicher meinunge euch nit verhalten, das uns allerlei ursachen dohin bewegt haben, und vor eins: das, nachdem der konig und der habst newlich bei einander gewesen seint, wir dannost haben erfahren wollen, was wir an dem konig hetten, und finden den konig uf einer guten meinung, das er ein frei concilium haben will und sagt — und seint eben dis sein wort —: der habst het gern gesehen, das ich ein concilium in Italien gewilligt hett, aber ich hab es nit thun wollen; ich wil ein frei concilium haben, vor eins. zum andern, nochdem da ein freundschaft mit des herzogen zu Lotringen dochter und dem von Nassa gemacht, haben wir dannost sehen wollen, wie es dorumb sei etc.» Graf Wilhelm von Fürstenberg sei mit ihm gewesen und habe sich «willig und fleissig erzeigt». Empfiehlt ihn deshalb den Strassburgern. «dan was ir desfals ime thut, das thut ir uns selbst, und wir wollen es gnediglich erkennen.» — «Dat. zu Nummene am donerstag nach conversionis Pauli a. 34.»

### 214. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Februar 16.

*Marb. Arch. Ausf.*

Rüstungen in Württemberg.

Teilen mit, was sie über die Rüstungen in Württemberg von glaubwürdigen Leuten vernommen haben. Im Zeughaus zu Stuttgart würden die

<sup>1</sup> Ulm. Arch. a. a. O. Vgl. unten nr. 215 u. 216.

<sup>2</sup> Ueber die Zusammenkunft Philipps mit König Franz in Bar-le-Duc und deren Hauptzweck vgl. u. a. Wille 146.

Räder und Wagen für das Geschütz instandgesetzt, und «allenthalben im Land die raiswegn bestellet und bevolen.» Die Regierung soll alle ihre Hauptleute nach Stuttgart beschieden und befohlen haben, insgeheim Fussvolk anzunehmen. Johann Hilchin soll sich erboten haben, wenn Württemberg überzogen werde, gegen 20 000 Pferde aufzubringen und ins Land zu führen. Der Statthalter, Pfalzgraf Philipp, sei unterwegs zum König Ferdinand und habe gesagt, er werde fremdes Kriegsvolk mit zurückbringen. Der Adel im Hegau sei schon zum zweiten Mal gemahnt, sich gerüstet zu halten. Dietrich Spet habe 200 Knechte nach Stuttgart geschickt, und sollen seitdem noch vier Fähnlein dort eingezogen sein. Sie teilen dies mit, obwohl sie noch nicht wissen, «wohin es zu thun sein woll.» — «Dat. in aller eil am montag 16. febr. a. 34.»

nr.200,201

## 215. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Februar 23.  
Cassel.*Marb. Arch. Conc. 1*

«Wir haben von unsern reten, so wir zu Augspurg gehabt, unter anderm bericht empfangen, das ir euch in den sachen belangend den bund sehr wol gehalten habt, das ir auch nit wider in bund kommen seiet und den nit habt erstrecken lossen<sup>2</sup>. des bedanken wir uns nun gegen euch ganz gnediglichen » etc. Dankt auch für die Berichte über die Württembergischen Rüstungen und bittet um weitere Kundschaft. Gemäss dem Wunsch der Städte, während der Messe in Frankfurt einen Tag abzuhalten, habe er dem Kurfürsten geschrieben, aber von demselben ablehnende Antwort erhalten. Indessen werde er, der Landgraf, um die Zeit der Messe in Frankfurt oder in der Nähe sein, und könnten sie dann Botschaft zu ihm schicken. Dat. Cassel Mo. post invocavit a. 34.

nr. 214.

## 216. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

[März?].

*Marb. Arch. Conc. (zum Teil eigenhändig).*

Er hätte gern gesehen, dass eine Zusammenkunft der Stände jetzt während der Messe zu Frankfurt geschehen wäre; doch wolle der Kurfürst den Tag nicht vor Exaudi [Mai 17] ansetzen. Die Städte müssten daher suchen, sich selbst nach Möglichkeit des Kammergerichts zu erwehren; er sei bereit, Strassburg und andere Städte, soviel in seiner Macht stände, dabei zu unterstützen<sup>3</sup>. Hinsichtlich Esslingens habe er bereits sein Bedenken mitgeteilt (\*), in welcher Weise er glaube, dass sich die Stadt am besten gegen das Kammergericht halten könnte. In der nächsten Versammlung werde er durch

nr. 164.

<sup>1</sup> Ebenso an Ulm und Esslingen.<sup>2</sup> Vgl. oben nr. 204. Es handelt sich um den Schwäbischen Bund. Davon, dass Strassburg Gesandte in Augsburg gehabt habe, — wie nach obigem Brief zu vermuten —, findet sich sonst keine Andeutung.<sup>3</sup> Von hier ab Philipps eigne Hand.

seine Räte auf gründliche Abhülfe der Beschwerden handeln lassen<sup>1</sup>.  
Dat. fehlt.

217. Der Rat von Bern an den Rat von Strassburg.

März 5.

*Str. St. Arch. AA 1815 Ausf.*

«Uns ist etlicher gestalt angelangt, wie etwas reisigs volks zu ros z und fusz sich in Lothringen an der Musel besamle, und das uf bestellung des herren von Gise, des herzogen von Lothringen bruders<sup>2</sup>. so wir aber nit wissen mogent, wohin soliche rustung gerichtet, und aber hienäben bedenken, das nach jetzigen seltzamen löufen und reden dis sumers kriegsübungen ze erwarten siend, haben wir üch ganz früntlicher meinung des nit bergen können.» Bittet um Kundschaft und Benachrichtigung. Dat. Do. 5. März a. 34. — Lect. März 16.

218. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

März 20.

*Ulm. Arch. Ref. T. XVII. Ausf. Beilage ebenda. Copie.*

Recusation für nichtig erklärt. Entwurf einer Protestschrift dagegen.

p. 205.

Der Landgraf habe eine Copie des Recusationsinstruments übersandt<sup>(\*)</sup> sowie einen Brief des Anwalts Helfmann, wonach das Kammergericht am 2. März die Recusation für nichtig erklärt habe und in dem Verfahren gegen Esslingen u. a. weiter vorgehe<sup>3</sup>. Dem gegenüber habe Strassburg für ratsam gehalten eine Appellationsschrift aufzustellen, in welcher gegen die Nichtigkeitserklärung der Recusation protestiert wird. Sendet Copie davon (s. Beilage) mit der Bitte, sich bis zur nächsten Bundesversammlung schlüssig zu machen, ob man nicht eine solche Appellation im Namen aller vereinigten Stände erlassen wolle. Dasselbe habe man dem Landgrafen geschrieben<sup>(\*)</sup><sup>4</sup>. Dat. 20. März a. 34.

Beilage: Jacob Sturm und Martin Herlin als Vertreter der Stadt Strassburg protestieren feierlich vor Notaren gegen die Nichtigkeits-erklärung der Recusation des Kammergerichts, indem sie ausführen: 1) dass das Kammergericht nicht befugt sei, über die Rechtmässigkeit der Recusation abzuurteilen, da es selbst in dieser Sache Partei sei. 2) dass die Recusation durchaus dem Rechte und den Ordnungen des Reichs gemäss vorgebracht sei.

<sup>1</sup> Die Bundesversammlung fand erst Pfingsten (Mai 24) statt, und zwar zu Nürnberg. Die Oberländer nahmen nicht daran teil, wahrscheinlich wegen der kriegerischen Unruhen in Württemberg. Die Versammlung schrieb nochmals in ziemlich scharfen Worten an das Kammergericht, indem sie dasselbe für allen Unfrieden, der aus weiterem Procedieren entspringen würde, verantwortlich machte. Auch an den Kaiser wurde von neuem geschrieben unter Beifügung der Recusationsschrift (Ulm. Arch.).

<sup>2</sup> Cardinal Karl von Guise, Bruder des Herzogs Franz.

<sup>3</sup> Diese Mitteilung des Landgrafen ist vom 12. März. Ebenda, Copie.

<sup>4</sup> Wahrscheinlich schon einige Tage früher; denn in dem Dankschreiben, welches Strassburg am 20. März für Uebersendung der Recusationsschrift etc. an den Landgrafen richtete (Marb. Arch.), ist auf einen inzwischen ihm zugesandten Ratschlag verwiesen.

## 219. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. März 27.

*Str. St. Arch. AA 485 Ausf.*

«Uns hat glooplich angelangt, wie abermals die V Ort ein heimlich practick und anschlag gmacht und unrüwig sind, darus zü ersorgen, das si die von Bern uberziechen möchten. so man dann allenthalben bi und umb uns musteret und niemanz weist, uber wön solche ding erdacht, sind wir das üch als unsern trüwen lieben nachpern nit ze verhalten verursacht, früntlich bittende, den dingen ouch nachzetrachten, uwer getrüw erfarnus ze haben und das alles geheim bi üch ze halten.» — Dat. Fr. 27. März a. 34. — Lect. März 28<sup>1</sup>.

## 220. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

April 8.

*Str. St. Arch. AA 447 Ausf.*

Bitten um Auskunft über den Zweck der in ihrer Nachbarschaft stattfindenden Rüstungen.

«Wir vernemen nit allain von dem gemainen gerucht oder geschrai, das ain bewoglichkeit, ufwiglung und bewerbung der kriegsknecht entstee und das dieselben also von uns und an andere ort verrucken sollen, sonder sehen das alles taglich auch in augenscheinlicher gegenwirtigkeit. dieweil nun dasselb geschrai mancherlai, etlich aber davon reden, das sie uf e. f. statt oder nahend hinbei beschaiden, gewissen und von do dannen in ain andere frembde nation gefuert, die andern aber vermainen, das sie in unser der teutschen nation unterschleuft gepraucht, dardurch dann mangel unrat und bschward in derselben entsteen mag, so haben wir derwegen us der freuntlichen verwandtnus in erwegung, das es e. f. und uns auch betreffen, und das uns damit die treffenlichen kriegsleut us unsern landen gefuert, nit underlassen mogen, e. f. umb nachvolgenden bericht der sachen zu ersuchen<sup>2</sup>.»

Bitten um genaue Mitteilung alles dessen, was Strassburg über diese Kriegsvorbereitungen wisse. Der Bote habe Befehl, eventuell so lange zu

<sup>1</sup> Dazu ein sehr flüchtiger Vermerk des Stadtschreibers, enthaltend die Namen der Dreizehner, in deren Gegenwart das Schreiben verlesen wurde, zum Teil kaum zu entziffern; es sind: Wormbser, Sturm (?), Herr Ammeister (?), Bock, Friedrich (?), Röder, Kniebis (?), Pfarrer, Miege, Betscholt und Meier. Da wir sonst nirgends für diese Zeit Namensverzeichnisse der Dreizehner haben, so dürfte dieser Vermerk über die oberste politische Behörde der Stadt nicht uninteressant sein.

<sup>2</sup> Man sieht, dass Ulm um diese Zeit noch nicht wusste, dass die Rüstungen auf die Eroberung bezw. Verteidigung Würtembergs abzielten. Landgraf Philipp hat noch in einem eigenhändigen Schreiben, welches er am 29. März an Georg Besserer in Ulm richtete, jede directe Andeutung seines Schwäbischen Bundestages zu Augsburg, dass Herzog Ulrich, wenn er wieder in sein Land kommen sollte, den Ulmern ein guter Nachbar sein würde. Ferner bittet er, Besserer möge sich aussprechen, «mit was wegen und masz herzog Ulrich und Cristoffel zu irem land mocht geholfen werden, was auch, so sie ir land in hetten, sie sich vor trost und handhabung zu denen von Ulm versehen mochten.» (Ulm. Arch. Ref. T. XVIII). Man sieht, wie sorgsam Philipp noch seine kriegerischen Absichten verhüllte, während er gleichzeitig Ulms Gesinnung gegen Ulrich zu erforschen suchte.

warten, bis Strassburg die nötigen Erkundigungen eingezogen habe. Dat. Mi n. Ostern a. 34. — Lect. April 11.

**221. Instruction, was Wilhelm von Fürstenberg, Eberhard von Bischofsrode und Rudolf Schenk im Namen Herzog Ulrichs und Landgraf Philipps bei dem Rat von Strassburg werben sollen<sup>1</sup>.** [Mitte April].

*Marb. Arch. Conc. Auszug bei Rommel II 504.*

Bitte um eine Geldunterstützung für die Württembergische Unternehmung.

Sie sollen dem Rat anzeigen, wie der Landgraf im Zuge sei, um mit Gottes Hülfe dem Herzog Ulrich zu seinem Fürstentum Württemberg zu verhelfen. Es sei leicht ersichtlich, zu wie grossem Vorteil es den oberländischen Städten gereichen würde, wenn Herzog Ulrich sein Land wieder erhielte; denn derselbe würde nicht nur das Evangelium aufrichten, sondern sich auch den Städten als getreuer, guter Nachbar und starker Rückhalt erzeigen. Mit Kriegsvolk sei man wohl versehen; doch brauche man 30000 fl., welche Strassburg hergeben solle<sup>2</sup>. «was sie [die Strassburger] nun uns daran nit zu hilf kommen wolten<sup>3</sup>, darvor wolten wir beide inen nach notdurft verschreibung thun, das wir inen solchs widerumb gutlich und gnediglichen wollen entrichten.» Die Bevollmächtigten sollen sich das Geld womöglich gleich überliefern lassen, damit sie es «in irem zuge mit sich nemen und zu uns bringen konten.» Versprechen dem Rat für die Bewilligung des Gesuchs ihre besondere Erkenntlichkeit. Dat. fehlt<sup>1</sup>.

**222. Die Dreizehn an den Rat von Ulm<sup>4</sup>.**

April 24.

*Stuttg. Staats-Arch. Ausf.*

Man habe jetzt in Erfahrung gebracht, dass die um Strassburg her angenommenen Knechte dieser Tage gemustert worden sind und dem Landgrafen von Hessen geschworen haben. «daneben sind gestern dise usschriben in unser stat veilgehapt, us dem nummer zu vernemen, wohin der zeug gen soll<sup>5</sup>.» — Dat. 24. April a. 34.

<sup>1</sup> Die Instruction ist wahrscheinlich gleichzeitig mit dem öffentlichen Ausschreiben vom 15. April (s. folg. Nummer) erlassen worden; ausgerichtet ist die Werbung in Strassburg jedenfalls nicht vor dem 23. April, an welchem eben jenes Ausschreiben bekannt wurde. Fürstenberg, der Strassburg am 27. April verliess (nr. 225), scheint sich nicht an der Werbung beteiligt zu haben. Vgl. unten nr. 229.

<sup>2</sup> Im Marb. Arch. (Württemberg) befinden sich einige Correspondenzen zwischen dem Landgrafen und seinen Räten, aus denen erhellt, dass Philipp schon im Februar und März mit Conrad Joham in Strassburg wegen einer Anleihe von 20000 fl. unterhandelte, wie er vorgiebt, um «droben etliche schulden zu bezalen.» Zur Frankfurter Messe (im Herbst) wollte er das Geld zurückzahlen. Wirklich erhielt sein Gesandter Michel Nussbicker Mitte März von Joham 10000 fl. zu 4%, mit der Aussicht, die andere Hälfte auch baldigst zu erlangen. Vgl. unten nr. 232.

<sup>3</sup> D. h. soweit sie nicht im Interesse der guten Sache auf Rückerstattung der Summe verzichten wollten.

<sup>4</sup> Ein gleichlautender Brief ging auch an Basel. Basl. Arch. (Zeitungen.)

<sup>5</sup> Ein Exemplar des gedruckten Ausschreibens liegt bei, d. d. April 15. Herzog Ulrich und der Landgraf geben darin ihre Absichten auf Württemberg kund und rechtfertigen dieselben. Gedruckt bei Hortleder I 665.

**223. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg.** April 29.*Str. St. Arch. AA 1815 Ausf.*

Bitten um Weiterbeförderung eines beiliegenden Briefs (\*) an den Landgrafen, ferner um Nachricht, ob und wann Wilhelm von Fürstenberg «mit sinem züg» aufgebrochen sei, «oder ob sich sunst etwas der hendlen halp zütragen.» — Dat. Mi. 29. April a. 34. — Lect. Mai 2.

**224. König Ferdinand an den Rat.**Mai 1.  
Prag.*Str. St. Arch. AA 411 Ausf.*

Uebersendet mehrere Exemplare seiner Antwort auf das Manifest des Landgrafen und Herzog Ulrichs wegen des Württemberger Zuges und ersucht, diese Antwort durch öffentlichen Anschlag im Gebiet der Stadt bekannt zu machen<sup>1</sup>. Dat. Prag, 1. Mai a. 34. — Lect. Juli 11.

nr. 222.

**225. Die Dreizehn an den Rat von Basel.**

Mai 3

*Basl. Arch. (Zeitungen) Ausf.*

Antwort auf den Brief vom 29. April. Fürstenberg sei mit seinem Kriegsvolk am 27. April von Strassburg aufgebrochen und Rhein abwärts auf Speier gezogen. Wo er den Rhein überschritten, sei noch unbekannt. Dat. Mai 3 a. 34.

**226. Landgraf Philipp an den Rat.**Mai 7.  
Oberzimmern.*Thom. Arch. Ausf.*

«Wir haben ewern guten willen von euch gnugsamlich gespurt, des wir uns jegen euch gunstiglich bedanken<sup>2</sup>; und wie die sachen ferrer stehen, werdet ir von unserm lieben vettern Jeorgen, graven zu Wirtenberg etc., auch ewern diener Wolffen, bericht empfangen<sup>3</sup>.» — «Dat. in unserm feldlaeger fur Obern Zimmern donnerstags nach cantate a. etc. 34.» — Lect. Mai 11.

**227. Die Strassburger Prediger an Landgraf Philipp und Herzog Ulrich.**

Mai 18.

*Thom. Arch. Conc. v. Buccer. Auszug bei Lenz Briefwechsel I 56.*

Wünschen Glück zur Eroberung Württembergs und empfehlen A m -

<sup>1</sup> Ein gedrucktes Exemplar der Antwort liegt bei d. d. 1534 April 29. Gedruckt bei Hortleder I 6711, Sattler III Beil. p. 93.

<sup>2</sup> Auf welchen Dienst sich dieser Dank bezieht, ist nicht ersichtlich. Die im April beantragte Unterstützung mit Geld (nr. 221) hat Strassburg jedenfalls nicht gewährt, wie aus der Beantwortung der gleichartigen Werbung Schütze's (nr. 229) hervorgeht.

<sup>3</sup> Strassburg war über den Verlauf der Württembergischen Unternehmung durch eigene Kundschafter, die es im Lager des Landgrafen hatte, unterrichtet. Wir ersuchen dies u. a. aus den Berichten, welche die Dreizehn am 19. und 28. Mai nach Basel schickten. Basl. Arch. (Zeitungen 1520-49). Wir haben von der Wiedergabe dieser Berichte abgesehen, weil sie bei aller Ausführlichkeit wenig Neues über die kriegerischen Operationen bieten. Vgl. Wille p. 179 ff. u. Heyd II 437 ff.

ambrosius Blaurer und Simon Grynaeus, um in dem wiedergewonnenen Herzogtum das Evangelium aufzurichten. Schildern den Charakter dieser beiden Prediger, welche sich als unparteiische Männer von milder Gesinnung zur Reformation des Landes besonders eigneten. Wenn man nicht die grösste Zwietracht anrichten wolle, müsse man jedenfalls solche Prediger wählen, die weder der eigentlich lutherischen Richtung noch der eigentlich zwinglischen angehörten. Auch den Einfluss der Täufer und Sectierer fern zu halten, seien Blaurer und Grynaeus geeignet. Wegen der Gefahr, die von den Sectierern drohe, habe man schon an Jacob Truchsess geschrieben<sup>1</sup>. Dat. Strassburg 18. Mai a. 34.

**228. Instruction Landgraf Philipps für seinen Rentmeister Hermann Schütze an die Dreizehn.**

Mai 21.  
Tübingen.

*Str. St. Arch. AA 444. Copie (von M. Han). Auszug bei Rommel II 504.*

Kann seine Truppen in Württemberg noch nicht entlassen. Bittet um Darleihung von 20000 d. Wünscht Verbindung der Städte mit Herzog Ulrich.

Strassburg werde wohl schon von seinem siegreichen Vordringen in Württemberg gehört haben. Letzthin habe sich auch Tübingen ergeben, und es sei Aussicht, dass auch «die andern bergheuser» bald eingenommen würden. Er, Philipp, verlange weiter nichts, als dass dem Herzog Ulrich das ihm widerrechtlich entrissene Land wieder eingeräumt werde; er habe deshalb verschiedene Fürsten des Reichs ersucht, König Ferdinand zum Verzicht auf Württemberg zu bewegen. Bis jetzt habe jedoch dieser noch nicht nachgegeben, und es sei deshalb nötig, die Truppen beisammen zu behalten. Strassburg solle in Erwägung, wie viel für die Evangelischen und namentlich für die Städte von dem Erfolg dieses Feldzuges abhängt, «ain zwainzigtausend guldin uf gnugsame versicherung und verschreibung leihen und vorstrecken, auf das wir dieses unser vorhaben zu ainem guten friedlichen ende bringen mögen.»

«Darneben haben wir auch gedacht, das zu allen sachen sehr gut sein sollte, das wir zwüschen herzog Ulrichen, inen, denen von Ulm und andern oberländischen evangelischen stedten ain freuntlich und nachburlich verstentnus ufrichteten.» Das würde den Städten sehr zu gute kommen und ihnen im Fall der Not einen starken Rückhalt gewähren. Wenn die Städte wünschten, dass er, der Landgraf, auch in solchem Bund sein sollte, so wäre er dazu geneigt. Bittet um Antwort. — «Geben in unserm veldläger vor Tubingen am donnerstag nach exaudi a. etc. 34.»

<sup>1</sup> Sollte hier nicht das Schreiben Capito an Jacob Truchsess von Rheinfelden, Württembergischen Rat, bei Sattler III Beil. p. 107 gemeint sein? Dasselbe ist zunächst ganz ähnlichen Inhalts wie das obige, fügt dann aber noch eine dringliche Warnung vor den Sectierern bei, namentlich vor Caspar Schwenckfeld, der näher charakterisiert wird. Ausserdem giebt Sattler III Beil. p. 112 noch einen Brief Bucers v. 22. Mai an den Kanzler Knoder mit den gleichen Empfehlungen und Warnungen. Vgl. Lenz a. a. O. p. 40 A. 4. Heyd III 41, 9. — Trotz dieser Bemühungen der Strassburger wurde neben Blaurer einer der eifrigsten Lutheraner, Erhard Schnepf, vom Landgrafen nach Württemberg geschickt. Ueber die daraus entspringenden argen Missheiligkeiten s. unten nr. 238-40. Vgl. Heyd III 43 ff., Pressel Ambrosius Blaurer 303 ff. u. a.

229. Antwort der Dreizehn auf die Werbung des Hessischen Gesandten Hermann Schütze. [Ende Mai].

*Marb. Arch. Ausf. (Str. St. Arch. AA 449 Conc.). Auszug bei Rommel II 504.*

Es stände nicht in ihrer Macht, im Namen der Stadt Geld zu verleihen; dazu müsste der grosse Rat der 300 seine Einwilligung geben, und es wäre in diesem Falle sehr zweifelhaft, ob er es thun würde, aus allerlei Gründen, die sie schon früher im gleichen Fall den landgräflichen Räten Eberhard von Bischofsrode und Rudolf Schenk sowie dem Rentmeister angezeigt hätten. Da nun eine abschlägige Antwort des grossen Rats «baiden iren f. g.<sup>1</sup> mehr zu nachtail dann vorstand ires jetzigen vorhabens raichen und dienen wurde,» so habe man dem Rat die Sache gar nicht mitgeteilt. Ebenso verhalte es sich mit dem vorgeschlagenen Bündnis mit Württemberg, wie sie dem Landgrafen schon kürzlich auf eine Anfrage (\*) brieflich erklärt hätten<sup>2</sup>. Es sei zu besorgen, «das unerlangt ains fridens oder ains fridlichen anstands des orts bei iren grossen räten nichts fruchtbarlichs zu handeln sein werd.» — Dat. fehlt.

nr. 221.

230. [Jacob Sturm]<sup>3</sup> an Landgraf Philipp. Mai 22.

*Marb. Arch. (Württemberg). Ausf. (?) Erwähnt bei Rommel II 522. Vollständig gedruckt von Wille<sup>4</sup> in der Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins t. 53 p. 105.*

Widerrät die Fortsetzung des Kriegs gegen Ferdinand. Ein Bündnis mit den Nachbarn Württembergs wohl nützlich, aber schwer zu erreichen. Durch Mainz und Pfalz Ferdinand zum Frieden oder wenigstens zu einem Stillstand zu drängen.

Des Landgrafen Schreiben mit der Bitte um Rat, wie unter den gegenwärtigen Umständen ein beständiger Friede erreicht werden könne, habe er erhalten (\*). Nach seiner Ansicht gebe es zwei Wege, auf denen der Landgraf zum Frieden gelangen könne, nämlich entweder dadurch, dass er den König durch Fortsetzung des Krieges gefügig mache, oder dadurch, dass er sich mit den evangelisch gesinnten Nachbarn Württembergs verbinde, sein Kriegsvolk entlasse, die Hauptleute aber in Bestallung behalte und so in drohender Stellung verharre, bis der Friede zustandekomme. Der erste Weg sei keinesfalls ratsam; denn bei Fortsetzung des Kriegs würden die Fürsten, welche mit Oesterreich Erbeinigungen hätten, desgleichen die Erblande des Königs, sich gegen den Landgrafen erheben; «deshalb diejenigen, so e. f. g. schon gunstig, erschrockt und abgestöllet und zu besorgen, ein ganz verderbnus deutscher nation folgen wurde.» Der andere Weg sei auch schwierig; denn

<sup>1</sup> Sc. dem Landgrafen und Herzog Ulrich.

<sup>2</sup> In einem Schreiben v. 22. Mai (Marb. Arch.), dem zufolge diese erste Anfrage am 21. Mai in Strassburg eintraf. Es ist darin thatsächlich ganz in derselben Weise geantwortet, wie in obiger Erklärung.

<sup>3</sup> Nach dem Kanzleivermerk sowohl wie nach dem Inhalt rührt der Brief unzweifelhaft von Sturm her; doch ist er nicht von ihm selbst geschrieben, sondern nur dictiert.

<sup>4</sup> Wille's Abdruck ist mehrfach zu berichtigen. Zeile 4 ist hinter «mochte» einzuschreiben «begeren», dafür Anm. 1 zu streichen, ferner hinter «were» einzuschreiben «hierin». Zeile 6 lies «wes» statt «vurs», Zeile 16 «werden» statt «wurden»; pag. 104 Zeile 6 lies «schwerlich» statt «schwurlich». Vgl. auch nächste Anm.

es sei kaum anzunehmen, dass die Nachbarn Württembergs auf ein Bündnis mit Hessen und damit auf Teilnahme am Kriege eingehen würden; auch habe der Landgraf keine Zeit, sich auf lange Unterhandlungen mit ihnen einzulassen. «derhalben ich in der sachen ganz irr und zu klein verstendig. domit aber e. f. g. spür, das ich ehr min torheit derselben eröffnen, dan gar nichts schreiben wolle, wer min einfeltig bedunken, ob dis nit ein weg were, das e. f. g. durch mittelpersonen bi beiden churfursten Menz und Pfalz oder andern anrichte, das si verstendig wurden, wie e. f. g., wo si nit friden erlangen mochten, furt zu drucken gedechten; was unrats, verderbnus und schaden solichs teutscher nation bringen würde, wer gut zu erachten; dodurch si zu bewegen, das si sich ernstlicher und furderlicher unterhandlung undernämen, und das sich e. f. g. mit allen sachen also schickte, als ob si furt trucken wolle, doch nit angriffe. wo den<sup>1</sup>, wie verhofflich, si oder ander sich der unterhandlung underfingen und aber nit also furderlich, als e. f. g. notturft und der kriegskost erfordert, ein beständigen friden erlangen mochten, das doch zum wenigsten ein stillstand disen jetzigen summer oder ein benampte zeit betädigent würde; acht ich, wer bi dem kunig zu erheben und e. f. g. in ansehung vilerlei ursachen vil ehr, dan das si furtzuge, anzunämen.» Während des Stillstands könne der Landgraf sein Kriegsvolk entlassen und nur die Hauptleute und Doppelsöldner in Bestallung behalten; wenn dann der Stillstand wirklich zu Ende gehen sollte, ohne dass Friede erlangt sei, könne er leicht seine Truppen wieder zusammenbringen und auch mit grösserer Aussicht auf Erfolg ein Bündnis betreiben.

Jedenfalls würde der Landgraf für den Fall, dass er jetzt weiter vöge, viele seiner bisherigen Freunde verlieren, während anderseits der König viele Anhänger gewinnen würde. Auch der Kaiser würde in solchem Fall nicht umhin können, seinen Bruder zu unterstützen. Dat. Fr. 22. Mai a. 34.

### 231. Die Dreizehn an den Rat von Basel.

Juni 8.

*Basl. Arch. Zeit. 1520-49. Ausf.*

Das Schreiben vom 31. Mai (\*) über die Werbung Herzog Ulrichs an Basel<sup>2</sup> habe man erhalten und Basels Antwort an Ulrich weiter befördert. nr. 228. Dieselbe Werbung sei auch vom Landgrafen in Strassburg angebracht worden, nr. 229. «daruf wir aber diser zit uns noch kainer endlichen andwort endslossen; wes sonst fur churf. fursten oder ander stend witer angesucht, ist uns nit bewust.» Berichten über die Belagerung und Einnahme des Asbergs durch Landgraf Philipp und Herzog Ulrich<sup>3</sup>. — Dat. 8. Juni a. 34.

Zettel: Bitten einen beiliegenden Brief mit denselben Zeitungen an Bern weiter zu befördern<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Dieser Passus ist in dem Abdruck Wille's a. a. O. durch Lesefehler und falsche Interpunction entstellt.

<sup>2</sup> Das Schreiben Ulrichs an Basel d. d. Urach Mai 25 enthält die Aufforderung, dass die evangelischen Eidgenossen mit Württemberg in ein Bündnis zu gegenseitigem Schutz treten möchten. Ebenda.

<sup>3</sup> Uebereinstimmend mit den von Wille Philipp d. Gr. p. 191 benutzten Berichten.

<sup>4</sup> Dankschreiben Berns an Strassburg d. d. Juni 14 im Str. St. Arch. AA 1813.

## 232. [Conrad Joham] an Landgraf Philipp.

Juni 17.

*Marb. Arch. (Württemberg) Orig.*

Die vom Landgrafen gewünschten 10000 fl. habe er teils bei seinen Herren (dem Rat von Strassburg), teils an andern Orten zusammengebracht, wie der Landgraf dies aus beifolgendem Schreiben<sup>1</sup> weiter vernehmen werde. — «Dat. ilens mitwoch zu IIII ur nachmittag den 17. tag junii a. 34.» p. 210 A. 2.

233. [Jacob Sturm]<sup>2</sup> an Landgraf Philipp.Juni 29.  
Strassburg.*Marb. Arch. Ausf. (?) Beilage ebenda. Ausf.*

Schickt Froschs Gutachten über die Eroberung Württembergs. Beilage: Die Vertreibung Herzog Ulrichs durch den Schwäbischen Bund zwar unrechtmässig, aber kein Landfriedensbruch. Berechtigung des Herzogs zur Recuperation.

Auf Wunsch des Landgrafen (\*) habe er die vier Rechtsfragen hinsichtlich der Wiedereroberung Württembergs dem Dr. Frosch zur Begutachtung vorgelegt; derselbe habe, so gut es in der kurzen Zeit möglich gewesen, sein Bedenken darüber niedergeschrieben, wie aus der Beilage zu ersehen. — «Dat. mentags sant Peter und Paulus dag a. etc. 34.»

## \* BEILAGE.

*Denkschrift des Dr. Frosch über die Recuperation Württembergs.*

I. Frage: War der Schwäbische Bund berechtigt, Herzog Ulrich wegen der Reutlinger Fehdesache seines Landes zu vertreiben<sup>3</sup>? Antwort: Nein; denn nach dem Begriff der Gegenwehr sei der Bund nur berechtigt gewesen, Reutlingen dem Herzog wieder zu entreissen. Angenommen, dass Ulrich sich durch die Einnahme Reutlingens des *crimen laesae maiestatis* schuldig gemacht hätte, so hätte doch der Bund kein competentes Urteil

<sup>1</sup> Liegt bei, d. d. Mittwoch nach Viti und Modesti, d. h. gleichfalls Juni 17. Dies Schreiben von andrer Hand ist wie das obige ohne Unterschrift und giebt sich als Antwort auf einen Brief des Landgrafen aus Cannstadt vom 9. Juni (\*). Schreiber teilt darin mit, dass es ihm gelungen, das gewünschte Geld aufzubringen. Die Bedingungen werde der Landgraf zwei oder drei Tage später durch eigne Botschaft erfahren. Schickt ausserdem Zeitungen aus Speier. Das Siegel scheint dasjenige Sturms zu sein; seine Handschrift ist es nicht; doch möchte ich den Brief für ein Dictat von ihm halten. Der Hessische Kanzleivermerk giebt bei beiden Briefen Jacob Sturm als Absender an. Das ist jedenfalls irrtümlich; der im Text wiedergegebene scheint nach der Handschrift von Conrad Joham zu sein, wofür auch sonst manches spricht. Dass das Geldgeschäft — sogar in noch grösserem Umfang — wenige Tage später wirklich zustandekam, beweist eine Verschreibung des Landgrafen vom 24. Juni, in welcher er den Empfang von 15000 fl. seitens des Strassburger Rats bestätigt und sich verpflichtet, diese Summe mit einem jährlichen Zins von 600 fl. nach Ablauf zweier Jahre zurückzuzahlen. Str. St. Arch. Briefbuch E fol. 69. Vgl. oben nr. 229.

<sup>2</sup> Unterschrift fehlt, auch ist die Handschrift nicht diejenige Sturms; trotzdem haben wir ihn wohl als Absender anzusehen. Vermutlich liess er den Brief durch einen Schreiber ausfertigen.

<sup>3</sup> Ueber Ulrichs Vertreibung 1519 infolge seines Vorgehens gegen Reutlingen etc. vgl. Wille a. a. O. Einleitung. Heyd I 523 ff.

darüber fällen können, sondern nur der Kaiser. Ferner hätte mindestens eine regelrechte Citation stattfinden, und zweifellos das erledigte Land dem Reichsfiscus zufallen müssen. Durch das Landfriedensgesetz von 1495 könne die Vertreibung auch nicht gerechtfertigt werden; denn nach demselben hätte der Bund höchstens Execution auf die Strafe der 2000 Mark Goldes und Verlust der Freiheiten beantragen können. Ob der Thatbestand des Landfriedensbruchs, welcher obige Strafe nach sich ziehe, wirklich vorhanden sei, hätte überhaupt erst durch den Richter festgestellt werden müssen.

II. Frage: Hat sich der Schwäbische Bund durch Vertreibung Ulrichs selbst des Landfriedensbruchs schuldig gemacht? Antwort: Nein; denn wenn er auch mit der Vertreibung über das Mass der Gegenwehr hinausgegangen sei, so sei dies doch ein entschuldbares Vergehen, welches man nicht als Landfriedensbruch charakterisieren könne.

III. Frage: War Herzog Ulrich auf Grund gemeinen Rechts und des Landfriedens berechtigt, sein Land mit Gewalt wieder einzunehmen? Antwort: Ja; denn die Recuperation eines gewaltsam entrissenen Besitzes sei erlaubt, wenn sie sogleich, «in continenti», vorgenommen werde. Wie der letztere Ausdruck im einzelnen Falle zu verstehen sei, darüber sei ein alter Streit der Rechtsgelehrten; doch liessen sich gewichtige Ansichten und Gründe dafür geltend machen, dass im vorliegenden Fall die Recuperation noch berechtigt gewesen, obwohl sie erst so viele Jahre nachher durchgeführt sei.

IV. Frage: Ist die Recuperation nicht deshalb als in continenti zu bezeichnen, weil der Herzog die «civilis possessio» behalten hat? Antwort: Es sei zweifelhaft, ob der Herzog wirklich noch civilis possessio habe; denn es gelte zwar für diese der Grundsatz, dass man sie «animo retinere» könne, jedoch nur so lange, bis man versucht habe, den Besitz factisch wieder zu erlangen. Dies habe der Herzog alsbald gethan, aber ohne Erfolg; deshalb sei es zweifelhaft, ob er jetzt noch civilis possessio habe. Dem sei aber, wie ihm wolle, so sei doch, wie bei Punkt III ausgeführt, die recuperatio, als in continenti geschehen, zu betrachten. «Actum in eil Strazburg den 29. junii a. 34.»

234. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

Juli 13.  
Cassel.

*Marb. Arch. Conc. Gedruckt von Wille<sup>1</sup> in d. Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins 1, 55 p. 407.*

Sendet eine Copie des Vertrages von Cadan<sup>2</sup>. Hoffte, dass Sturm denselben billigen und an dem darin vorkommenden Wort «sacramentierer»

<sup>1</sup> Berichtigungen zu Wille's Abdruck: p. 108 Zeile 1 lies «der furnemsten einer» statt «der furnemste under»; Zeile 5: «unverstendigen» statt «understen (?) dingen».

<sup>2</sup> Gedruckt bei Hortleder I 687, Lünig R. A. t. V 1, 27 u. a. Vgl. Wille 193 ff. Der Cadaner Vertrag vom 29. Juni stellte bekanntlich den Frieden zwischen König Ferdinand einerseits, Hessen, Württemberg und Sachsen andererseits her; nicht nur, dass Herzog Ulrich Württemberg, wenn auch als Oesterreichisches Aferlehen zurückerhielt und die Reformation einführen durfte: auch der Streit um die Römische Königswahl wurde endlich durch die Aner-

keinen Anstoss nehmen werde. Er habe auch an den Strassburger Rat geschrieben, sich durch das Wort nicht beunruhigen zu lassen<sup>1</sup>. Bittet: «Du, als einer, der wol verstehn mag, wie es in solichen vertregen zugeet, und daz solich wortlin zu disputiren dismal oder auch itzt nicht von noten ist, wollest solichs bei unverständigen zum besten wenden.»

Dem Herzog Ulrich sei «an redlichen, getreuen und verstendigen leuten vil gelegen»; da er nun «ein sonder neigung» zu Sturm trage, so möge dieser ihm, dem Landgrafen, und Herzog Ulrichen zu Gefallen in Württembergische Dienste als Hofmeister oder anderer Befehlshaber treten. Hofft, ihm eine Stellung zu verschaffen, welche ihn nicht hindere, auch der Stadt Strassburg nach wie vor zu dienen. Bittet um Antwort. Dat. Cassel 13. Juli<sup>2</sup> a. 34.

235. Der Rat von Reutlingen an den Rat von Strassburg. Juli 20.

*Str. St. Arch. AA 44 Ausf.*

Bittet um Rat, wie er sich mit Herzog Ulrich vergleichen soll.

Erinnert an die der Stadt Reutlingen von Herzog Ulrich von Württemberg im Jahre 1518 zugefügte Schmach und den damals erlittenen Schaden, «den wir auf hunderttausent gulden achten». Da nun Herzog Ulrich jetzt sein Fürstentum wiedergewonnen habe, sei die Stadt entschlossen, «sölchen obanzeigten schaden, verderben, hon, schmahe und spott bei sein furstlichen gnaden mit gütlicher oder rechtlicher vordrung zu erholen». Doch

p. 215 A. 3.

kennung Ferdinands beseitigt und — was für die Gesamtheit der Evangelischen am wichtigsten war — der Nürnberger Friede wurde von neuem sanctioniert. Am 4. Juli erliess Ferdinand einen ausdrücklichen Befehl an das Kammergericht, mit den Prozessen gegen die Evangelischen stillzustehn. Indessen enthielt der Friedensvertrag folgende schlimme Klausel, über die in diesem und den späteren Briefen viel disputiert wird: «Doch sollen in alle wege die sacramentierer, widertäufer, auch alle andere newe unchristliche secten, die hinfürter angericht werden möchten, hierinnen ausgeschlossen sein und durch die kön. mt., churfursten, fursten und ständ einträchtiglich gewehrt und in iren landen nicht geduldet noch gelitten werden.»

<sup>1</sup> Gedruckt ebenda p. 105 mit gleichem Datum Juli 13. Philipp sagt darin, er wisse sehr wohl, dass die Strassburger keine «Sacramentierer» seien; sie sollten sich deshalb durch dies Wort nicht beirren lassen. Sollte dasselbe wirklich — was er nicht glaube — auf Strassburg angewendet werden, so würde er sowohl wie Herzog Ulrich dagegen Verwahrung einlegen und die Stadt nicht im Stich lassen. — Strassburg antwortete hierauf am 25. Juli, der Vertrag enthalte zwar «disputirliche wort», die besser unterlassen worden wären, doch hoffe man, der Landgraf werde seinem Versprechen gemäss Strassburg in Schutz nehmen. In einem Schreiben vom 3. August sicherte Philipp dies nochmals zu. Vgl. auch über Walthers Sendung unten p. 220 A. 2. (Marb. Arch.).

<sup>2</sup> Bei Wille a. a. O. steht irrtümlich: 14. Juli, während in der Ueberschrift richtig 13. Juli gesetzt ist. — Die Antwort Sturms auf obigen Brief kenne ich nicht; dieselbe lautete jedenfalls bezüglich der Bitte, in Ulrichs Dienste zu treten, ablehnend und muss vor dem 13. Aug. erfolgt sein; denn Sturms Schreiben von diesem Tage (s. unten nr. 237) enthält nichts über diese Sache. Da nun nicht angenommen werden kann, dass Sturm eine so bedeutsame Anfrage Philipps unerwidert gelassen habe, so muss die betreffende Antwort schon vor dem 13. Aug. abgeschickt sein. Vgl. nr. 236.

wisse man noch nicht, welche Mittel und Wege man hierbei einschlagen solle; man habe daran gedacht, die Vermittlung des Landgrafen anzurufen, der sich schon vor Ulrichs Wiedereinsetzung als Mittler angeboten; doch wolle man zuvor erst Strassburgs Rat hören, zu dessen Wohlwollen und Einsicht man besondres Vertrauen hege. Bitte um Zusendung eines schriftlichen Ratschlags<sup>1</sup>. «Dat. den zwainzigisten tag höwmonats a. etc. 34.» — Empf. Juli 24, lect. Juli 25, relect. Juli 27.

## 236. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

[Ende Juli ?].

*Marb. Arch. (Württemberg). Conc. Zwei Zettel. Gedruckt von Wille in der Ztschr. f. Gesch. des Oberrheins t. 35 p. 107 u. 106.*

- 1) Herzog Ulrich soll den Cadaner Vertrag ratifizieren. Bund mit den Oberländern.
- 2) Strassburg soll an dem Vertrag keinen Anstoss nehmen.

p. 216 A. 2. «Lieber Jacob Sturm. ich schick uch hieneben die spaltung ein artikel des sacraments betreffen (\*), da lat mich eur gemut furderlich uf wissen.» Er habe gehört, dass Herzog Ulrich von Sturm u. a. sich Rats erhole, ob er den Cadaner Vertrag ratifizieren solle. Sturm möge diese Frage bejahen; denn wenn Ulrich nicht ratificiere, so müsse er auch den Krieg allein fortsetzen. Er, der Landgraf, habe den Vertrag schon zugeschrieben und könne deshalb Ulrich nicht weiter unterstützen. Wenn der Herzog sein Land «in ein geruiglich<sup>2</sup> possession» behalte, so müsse dies allen Oberländern «nit ein geringer trost» sein. Es könne, wenn Ulrich den Vertrag halte, auch ein Bund zwischen Hessen, Württemberg und den oberländischen Städten errichtet werden, der noch nützlicher sein würde als der jetzt bestehende (Schmalkaldische Bund). Dat. «ut supra»<sup>3</sup>.

Zettel<sup>4</sup>: «Als wir auch aus euerm nehern schreiben vermerken, das ir des worts «sacramentirer», so im vertrage verleipt, nit wol zufriden seit, im zweifel, das es der stadt Straspurg, so man den furtel ersehe, zu nachteil reichen mocht, darauf wollen wir euch gnediger meinung nit verhalten, das wir desselbigen wortleins halben den verstand wider euch nit nemen

<sup>1</sup> Strassburgs Antwort auf diese Bitte ist nicht bekannt.

<sup>2</sup> Nicht «geruiglich», wie Wille liest.

<sup>3</sup> Dieser undatierte Zettel wird von Wille a. a. O. als Anhängsel zu Philipps Schreiben an den Rat (!) v. 13. Juli (oben p. 217 A. 1) publiciert. Das ist offenbar falsch. Der Zettel muss vielmehr zu einem verloren gegangenen Brief Philipps aus der zweiten Hälfte Juli oder Anfang August gehören. Dies geht aus dem Inhalt hervor, namentlich daraus, dass der Landgraf schreibt, er habe den Vertrag schon ratifiziert, was bis zum 15. Juli jedenfalls noch nicht geschehen war. S. Heyd III 15. Vielleicht ist der Brief vom 16. Juli, d. h. demselben Tage, an welchem Philipp an Ulrich schrieb, dass er den Vertrag ratificiere; vielleicht ist er aber auch erst nach Empfang von Ulrichs Brief d. d. Juli 29 geschrieben, also Anfang August. Vgl. Heyd III 16, 17. — Sturms Antwort s. folg. Nummer.

<sup>4</sup> Ob der Zettel hierher gehört oder zu einem weiteren, verloren gegangenen Schreiben, welches zwischen Sturms Briefen vom 13. und 26. August einzureihen wäre, wage ich nicht mit Sicherheit zu entscheiden. Für beide Annahmen lassen sich Gründe geltend machen. Vgl. nr. 237 und 239. Dagegen ist Willes Annahme, der den Zettel zu dem Brief vom 13. Juli (nr. 234) setzt, jedenfalls falsch, aus demselben Grunde wie bei dem andern Zettel, vgl. vorige Anmerkung.

mogen;» denn Strassburg sei mit ihm im Bunde und derselben Confession. Es sei doch gut gewesen, dass er den Vertrag angenommen habe; denn sonst hätte sich der Kurfürst von Sachsen allein, ohne ihn, mit dem König verglichen, wie er das durch Briefe des Kurfürsten beweisen könne. «weil wir aber nu mit im vertrage begriffen, und man etwas durch denselbigen vertrag jegen euch deuten und practiciren wolt, so mogen wir alwege zu euerm besten dorin handeln und euers teils sein, das uns sonst benommen were.» Er werde eine Deutung zu Ungunsten Strassburgs nicht zulassen. Dat. ut in literis.

## 237. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

August 13.  
Stuttgart.

*Marb. Arch. Orig. Gedruckt v. Wille in d. Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins t. 55 p. 108.*

Ueber seine Stellung zum Cadaner Vertrage. Das Wort «Sacramentierer» in demselben sei bedenklich.

Des Landgrafen Brief «samt der instruction und ratschlag etc.» (\*) habe er erhalten<sup>1</sup>. Es sei wahr, dass Herzog Ulrich seinen Rat wegen des Cadaner Vertrags verlangt habe. «dweil aber der handel etwas schwer und minen verstand zu hoch, zudem im thun und lossen vil doran gelegen, so hab ich s. f. g. undertheniglich dofur gebeten, doch daneben nit underlassen, s. g. allerlei gefeherlichkeiten anzuzeigen, wo s. g. den vertrag nit ratificieren sollte, doch die sach s. f. g. und andern hohern verstands zu erwegen geben<sup>2</sup>, daneben hab ich, wes e. f. g. fur die von Eszlingen geschriben (\*), auch verstanden, und das e. f. g. je vermeint, wir sollen uns das wort<sup>3</sup> nit irren lassen, es gang uns nit ane. das hoffen wir auch; wir müssen aber sorgen, das uns der konig und die<sup>4</sup> unterhandler, — gott woll nit jemants mehrer —, mit disem wort wollen gemeint haben, und so si iren vorteil ersehen, wir wollen oder nit, uns under disem namen uberzucken.» Dass der Landgraf Strassburg nicht im Stich lassen werde, darin setze man keinen Zweifel. «Dat. Stuttgart uf donerstag nach Laurentii 1534.»

nr. 236.

## 238. Die Strassburger Prediger an Landgraf Philipp.

August 16.

*Marb. Arch. Orig. von Bucer. Vollst. gedruckt bei Schmiecke Mon. Hass. III 291, Lenz Briefwechsel I. n. 11, ein Stück bei Pressel 519.*

Beschweren sich über das schroffe Auftreten des Predigers Erhard Schnepf in Stuttgart gegen Ambrosius Blaurer wegen der Lehre p. 212 A. 1.

<sup>1</sup> Vgl. p. 218 A. 3. Instruction und Ratschlag sowie das weiter unten erwähnte Bedenken bezgl. Esslingens scheinen hiernach den Inhalt des verloren gegangenen Briefs ausgemacht, bezgsw. ihm beigelegt zu haben.

<sup>2</sup> Sattler III 29 und Heyd III 17 geben auszugsweise ohne Angabe der Quelle (wohl Stuttg. Arch.) ein Gutachten Sturms, dem zufolge er dem Herzog riet, den Vertrag anzunehmen, weil die Fortsetzung des Krieges ohne Unterstützung von anderer Seite sehr misslich für ihn sei, so dass er den abermaligen Verlust des Landes zu befürchten habe. Wegen der Afterlehenschaft möge sich Ulrich bei den Juristen Rats erholen. Vgl. p. 216 A. 2.

<sup>3</sup> Sc. «Sacramentierer».

<sup>4</sup> Nicht «der», wie Wille liest. Die Unterhändler beim Cadaner Vertrag waren Albrecht von Mainz und Georg von Sachsen.

vom Abendmahl. Schnepf habe Blaurer zu einer Erklärung über das Sacrament genötigt<sup>1</sup>, welche durch ihre sophistischen Worte nur neuen Zank hervorrufen werde. Kaum habe man sich mit Luther und seinen Anhängern wegen des Sacraments verglichen, so werde der Streit durch Schnepf von neuem geschürt und zwar in einer Weise, als wolle er «die declaration geben, wer die sacramentierer seien, die im frieden sollen ausgeschlossen sein.» Der Umstand, dass Schnepf vom Landgrafen selbst geschickt sei, mache die Sachlage noch bedenklicher. Sturm sei nach Stuttgart gereist, um zum Frieden zu helfen. Der Landgraf möge doch auch seinen Einfluss geltend machen, damit der christliche Friede erhalten bleibe. Empfehlen Melanchthon an Schnepfs Stelle.

239. Jacob Sturm an Landgraf Philipp<sup>2</sup>.

August 26.  
Strassburg.

*Marb. Arch. (Corr. Philipps). Copie. Gedruckt bei Sattler Beil. p. 114.*

Setzt seine Bedenken wegen des Ausdrucks «Sacramentierer» im Cadaner Verträge näher auseinander: Seitheriger Abendmahlstreit. Vermehrung desselben seit der Eroberung Württembergs. Gehässiges Verhalten Schnepfs. Stuttgarter Concordienformel bedenklich. Die Papisten nutzen den Streit aus. Man solle sich mit der Annahme der Sächsischen Confession durch die Oberländer begnügen und letztere nicht von der Reformation Württembergs ausschliessen. Der Landgraf möge in diesem Sinne an Herzog Ulrich schreiben, vielleicht auch an Schnepf. Melanchthon in seinen Concordienbestrebungen zu bestärken.

p. 218 A.4. Das Schreiben des Landgrafen, dass Strassburg sich durch das Wort «Sacramentierer» im Cadanischen Vertrag nicht sollte beunruhigen lassen, habe er in Stuttgart erhalten und auch jetzt bei seiner Rückkehr nach Strassburg gehört, «was deshalb Doctor Johan Walther von e. f. g. wegen auch meinen hern angezeigt»<sup>3</sup>. Obwohl er nun an der Gesinnung des Landgrafen nie gezweifelt, so habe er doch zu Stuttgart allerlei erfahren, das ihn bedenklich mache und dazu bewege, dem Landgrafen seine Gedanken darüber zu eröffnen. Es sei bekannt, welches Aergernis der Zwiespalt in der Lehre des Sacraments hervorgerufen habe, wie einerseits die Papisten daraus Vorteil zögen, andererseits Strassburg sich bemühte, den Zank zu beseitigen. «wie aber solichs durch etlich gelerten und prediger gefordert worden sei durch ihre buchlein, so sie im truck usgan lassen, dergleichen

<sup>1</sup> Den Inhalt der Erklärung, der sog. «Stuttgarter Concordie» s. in Sturms Brief nr. 239.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu das Schreiben Bucers, welches er auf Grund der Nachrichten, die Sturm aus Stuttgart brachte, gleichzeitig an den Landgrafen sandte, bei Lenz I nr. 12 und Pressel 322. Er kommt darin zu dem Schluss: «Kein rat wissen wir meer, dann so Philippus (Melanchthon) mochte ins land [Württemberg] komen.»

<sup>3</sup> Ueber Walthers Sendung ergiebt sich Näheres aus einem Brief, den er am 13. August aus Strassburg an den Landgrafen richtete (Marb. A.). Danach war der Hauptzweck, «etzliche nachlassung des gelehten gelts» von Strassburg zu erlangen (vgl. nr. 232). Als die Dreizehn darauf aufmerksam machten, dass sie hierin nicht competent seien, sondern die Sache an den grossen Rat der 300 bringen müssten, zog Walther seinen Antrag zurück. In zweiter Linie trug er vor, wie der Landgraf das Wort «Sacramentierer» im Cadanischen Vertrag verstehe, und dass in keiner Weise Strassburg damit gemeint sein sollte: eine Erklärung, mit der die Dreizehn zufrieden waren.

durch das teglich predigen und schreien über die schwermer, sacramentirer, sacramentschender und weisz ich, mit was ander schonen titeln sie die leut schmucken, ist e. f. g. unverborgen; wir haben es aber alles got befolen und, als ob es uns nit anginge, wie es in der warheit uns auch nit angat, umb fridens willens hingon lassen und nit angenommen, besonderlich dweil solch gesellen, die also geschrawen, nit nohe bei uns gewesen, desto weniger schaden anrichten mogen. solchs hat dennochten durch die gnad gottes sovil gewirkt, das bei den oberlendischen stetten itzt ein zeitlang guter fried gewesen. nun hetten wir gehofft, so min g. her, herzog Ulrich, wider in sein land komen were, es solt zu weiter friden, rugen und einigkeit gedient haben und forthin je besser worden sein. so wil es unser hergot villeicht darumb, das wir uns der victorien und glucks nit zu vil uberheben, mins bedunkens anders fugen. dan erstlich, weil e. f. g. noch im zuge und land Wirtemperg gewesen, hat e. f. g. prediger, her Conrad<sup>1</sup>, sich zimlich ruhe in seinen predigen horen lassen und die von stetten vor schwermer usgeschrawen und bei erbarn leuten gesagt, man solt disz teils prediger, als den zu Eszlingen<sup>2</sup> und seinsgleichen, so wenig als die papisten horen; item gesagt, wir berümen uns einer vereinigung, seien aber als weit von einander als himel und erden; aus welchem dan je folgen müssen, das die gestillet ergernus der zweitracht wider erweckt worden. so bedunkt mich, das M. Erhart Schnepf lasz sich auch also vernemen, als ob er die unsern fur schwermer halte, wil sich nit begnügen lassen an den worten der Sachsischen confession, die er doch selbst stellen helfen, us welchem dan die ergernüs der zweispaltung noch meher gemirkt musz werden; und nemens die papisten also ane als ein declaracion, wer die sacramentirer seien, die im frieden usgeschlossen seind. es hat je Schnepf M. Ambrosi Blaurer, prediger zu Constanz, welchen herzog Ulrich auch beschrieben, bei im nit tulden wollen, bis er, der Plarer, domit er doch, sovil an ime und unbegeben der warheit im immer moglich were, zur trennung nit ursach gebe, im, Schnepfen, diesze wort angeboten: ««ich glaube, das der leip des herren warhaftig, das ist substantive und essentialiter, nit aber qualitative oder localiter im abentmal gegenwertig sei und dargereicht werde.»» wilche wort, wiewol sie die grob fleischlich weis der gegenwertigkeit Christi im abentmal, die man etwan den leuten einbildet, ausschliessen und allein, das der war selb Christus im abentmal bei uns ist und sich zur speis dargibt, ustrucken, derhalben sie keinen verstendigen prediger dieses teils fur sich selbs beschweren, so seind doch die wort nit schriftlich, zuo dem also, das sie nit wol verstendiglich mogen verteutschet werden und also vil newer disputacion und zenk brengen werden. derhalben hab ich meinem g. hern, herzog Ulrichen, geraten, das sein f. g. uf die wort der Sachsischen confession, dweil dieselbige schriftliche wort in sich hielte, tringe; also wer die bekennet und also leren wolte, das der zugelossen und nit usgeschlossen würde, daneben allen predigern bevile, das sie einander disputirliche wort und die die schrift nit in sich hielte, underliessen, niemants damit beschwerten, auch das schelten uf der canzeln ver-

<sup>1</sup> Der Hessische Feldprediger Conrad Oettinger.

<sup>2</sup> Jacob Otter.

miten; het ich kein zweivel, wurde grosser forderung der einigkeit s. f. g. landschaft und der umbligenden stetten dienen. was ich aber damit usgericht, kan ich noch nit wissen, dan das mich bedunkt, Schnepf schmehe die unsern, werde die in anstellung der kirchen meiden; so wirt allenthalb im land usgegossen, als ob Blarer widerruft hab; so verneme ich, der Osiander sei von Nurmberg beruft, gein Tubingen zu komen. was sins und lust der zur einigkeit habe, waisz ich zimlich wol; sol nu dieszer unfreuntlicher weg also vorgenommen, und die unsern usgeschlossen werden, trage ich sorge, werde den papisten zu iren practicken vil forteils und ursach geben, den vertrag wider uns uszulegen, welche sich schon horen lassen, als ob sie den Schnepfen und die seinen wol leiden mochten, allein man sol der von stetten müssig gan, so sie doch in der warheit kein teil leiden mogen, sonder allein die trennung der evangelischen stende und verhinderung des evangelii suchen, zu dem, das es sonst vielen sachen hinderlich sein würt. deshalb hab ich gedacht, ob irgen e. f. g. wege finden mocht zü verhütung desselben; doch das in alle wege e. f. g. die sachen also handelten, damit es niemant vermerken mocht, das es von mir herkeme oder auch von mein hern oder der stat Straspurg, aus allerlei ursachen. es mocht e. f. g. anzeigen, dweil e. f. g. sampt andern chur. und fursten uns in die vereinigung als mithellige im glauben angenommen und das man billich gesettigt were, wan man leret, wie [die] Sachsisch confession ustrucket, das man dan nieman uber die wort, so die schrift in sich hielt, ferner und zu meher worten tringen sollte. der eussern kirchenbreuch halber het man alleweg von beiden teilen bekennet, das die frei seien; so begert man uf dieszem teil auch nit, das man alle ding uf unser weis endere, sonder das man linde fare und wol zusehe, wie es an jedem ort zur besserung und aufbawunge diene, das man dan deshalb die unsern nit als miszgleubig usschliesse und im land zu Wirtemperg zu leren und zu predigen, nit zulassen wolte, und mocht e. f. g. den anfang doher machen: es [hat] Philippus Melanchthon kurz verschienener tag dem Butzer hiehergeschriben<sup>1</sup>, dergleichen auch an ein hern in Frankreich, wie e. f. g. ab hirinverwarten ziddel in latin vernemen mag (\*); das dan e. f. g. herzog Ulrichen schreibe, wie sie verneme, das Philippus also in handlung stunde, die kirchen in ein satte vereinigung zu brengen. nun wer soliche verein ganzer christenheit von noten und besonder den evangelischen stenden itzt dieszer zeit, do die papisten die trennung suchen durch das wort sacramentirer im vertrag verleibt; dweil dan die von stetten seither dem reichstag zu Augspurg als fur mithellig im glauben gehalten worden, derhalben verein mit in ufgericht, si auch in die Sachsisch confession bewilligt, das dan s. f. g. zum vleissigsten verhuten wolt, das sie in anstellung und verschung irer kirchen im land Wirtenperg nit erst anzeige gebe der mishellung, dadurch der weg der vereinigung, so Philippus vorhanden hette, verschlossen, und der papisten practicken raum geben würde; derhalben, so riete e. f. g., das man die von steten und ire prediger nit so gar usschliesse, sonder auch zur sachen zuge, sonderlich, die die wort der Sachsischen confession in dem artikel des

<sup>1</sup> D. d. Aug. 1 (Corp. Ref. II 775): Melanchthon äussert den Wunsch nach einer Zusammenkunft, um den Sacramentstreit ganz zum Ausgleich zu bringen.

sacraments bekenten, und dasz herzog Ulrich nit stat geben wolt etlichen strengen und unerubten leuten, die alle ding also nach irem sin anrichten wolten, sonder sie zu der einigkeit vermanet und zu verhutung unnотwendiger zenk und trennung. ob auch e. f. g. fur gut ansehen wolte, seinen gnaden anzuzeigen, sie konte<sup>1</sup> die strenge des Schnepfen in dem artikel, in deshalb verwarnet, ime nit zu vil zugegeben. ich het auch kein zweivel, dweil ich vermerk, das Schnepf im land zu pleiben gedenkt und ich vor lang gewüst, das er von e. f. g. stellet, so herzog Ulrich im etwan einreden, er wurde sich milter finden lassen, ob auch e. f. g. vor fruchtbarlich ansehe, im Schnepfen auch derhalben zu schreiben. stelle ich alles in e. f. g. weitem nachgedenken und bitte e. f. g. ganz undertheniglich, sie wolle ime dieszes mein ungeordent lang vertraulich schreiben zu keinen ungenaden auffassen», etc. Er fürchte Schlimmes, wenn die Spaltung in Württemberg nicht bald beseitigt werde; «und solt villeicht besser sein, es were das land noch ein zeit lang under dem babstum pleiben, bis man zu besserer vereinigung disz spans komen were. es gefallet aber got, uns also zu demütigen, damit wir nit zu frech werden; der wirt villeicht noch selbs wege finden, die wir nicht wissen, damit die sach besser, dan sie sich ansehen lest, wurdet.» — Dat. Strassburg Mi. n. Bartholomaei a. 34.

P. S. Bittet bei Melancthon anzuhalten, dass er «sein christlich gut furhaben der vereinigung furdere und bei den seinen darauf arbeite. werden unsere prediger bei dieszem teil auch nichts underlassen.» Der Landgraf solle nicht merken lassen, dass die Anregung von ihm, Sturm, oder von Strassburg komme; «mocht sonst der sachen nit forderlich sein.»<sup>2</sup>

#### 240. Landgraf Philipp an die Strassburger Prediger.

August 31.  
Immenhausen.

*Marb. Arch. Coac. (?)*

Antwort auf den Brief vom 16. August. Es sei wahr, dass er auf Herzog Ulrichs Bitten sich «nit erwerben mogen», den Erhard Schnepf als Reformator nach Württemberg zu schicken und ihm ein Jahr Urlaub zu geben; doch habe er «von dem zang zwischen ime [Schnepf] und dem Plarer nit gewust; ist mir auch solich argumentiren und zanken nit lieb.» Schickt Copie dessen, was er an Schnepf und Herzog Ulrich geschrieben<sup>3</sup>. Bittet, für Frieden und Einigkeit zu wirken und nicht durch Wortzank Ursache zu Irrungen und Zwiespalt zu geben. «stellet das herz einander, so hapt ir die zong auch.» — Dat. Immenhusen Mo. 31. Aug. a. 34.

<sup>1</sup> = konnte.

<sup>2</sup> Trotz dieser Bitte hat der Landgraf sogar das Original des vorliegenden Briefs an Herzog Ulrich geschickt, wie der Kanzleivermerk auf der von uns benutzten Copie des Marb. Arch. erkennen lässt: «Copei Jacob Sturmen schrift, die m. g. her dem herzogen zugeschickt hat.» Sattler hat zu seinem Druck wahrscheinlich das früher in Stuttgart befindliche, jetzt verlorene Original benutzt.

<sup>3</sup> S. bei Rommel III 68, 69. Vgl. Heyd III 53 ff. Schnepfs Antwort auf des Landgrafen Ermahnung zum Frieden bei Neudecker Urk. 249.

## 241. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

September 10.  
Weissenstein.*Marb. Arch. Conc.*

Schreiben König Ferdinands an Sachsen über die ‚Sacramentierer.‘ Strassburg ist nicht damit gemeint. Auf Wege zur Vergleichung der Lehre zu denken.

« Wir haben nit unterlaszen wollen, dir gnediger meinung vertraulich zu erofnen, was ko. mt. unserm vettern und bruder, dem churfursten von Sachsen etc., uf den Cadawischen vertrag der zwinglischen secten und sacramentierer halben geschrieben, auch was sein lieb ko. mt. darauf zu antwort geben hat<sup>1</sup>; doraus abzunemen und zu vermerken, das der ko. mt. noch des churfursten gemuot nit ist, jegen den zwinglischen mit der that etwas furzunemen, sonderlich jegen denen, die unserer gethanen confession anhengig; und erfindet sich war sein, was wir euch hiebevot unsers verstands uf den Cadawischen vertrag geschrieben, das derselb den oberlendischen nit zu nachteil reichen mog, dan dieselbig in unser einung und confession mitbegriffen sein. dorumb so wollet euch selbst in handel schicken, uf wege, wie man füglich und gelimpflich den sachen raten moge, gedenken, und das sich ouch uwere prediger zum besten dorin halten und irer lere und bekentnis wege furnemen, die zu christlicher vereinung und vergleichung dienen mogen, wie dan Bucerus wol angefangen hat. » Bittet, diese Mitteilung noch zur Zeit für sich zu behalten « und nit fur offenbaren rat kommen [zu] loszen. » — Dat. Weissenstein Do. n. nativitatis Mariae a. 34<sup>2</sup>.

Zettel: « Wir überschicken euch inligend ein abschrift, wie wir Philippo Melanchthoni geschrieben haben » (\*).<sup>3</sup>

## 242. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

September 25.  
Cassel.*Marb. Arch. Conc. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 252.*

Philipp Melanchthon habe ihm auf sein Schreiben geantwortet

<sup>1</sup> Diese Briefe liegen bei. Der König schrieb dem Kurfürsten am 15. August, die Secte der Zwinglianer, welche namentlich in den Städten bedenklich zunehme, müsse möglichst unterdrückt werden, wie das auch im Cadaner Vertrag ausdrücklich befohlen sei. Der Kurfürst möge angeben, welche Massregeln er zur Bekämpfung der Secten für geeignet halte. Der Kurfürst antwortete am 26. August, er sei von jeher den Zwinglianern und Sectierern entgegengetreten und werde sie auch weiterhin bekämpfen. Das beste Mittel, die Vermehrung der Zwinglianer zu verhüten, bestehe darin, dass die Papisten aufhörten, die Anhänger der Augsburger Confession zu verfolgen, und dass für baldiges Zustandekommen eines freien Concils gesorgt werde. Auch sei es ratsam, den Zwinglianern, die sich zur Augsburger Confession bekehrten, zu versprechen, dass sie unter dem Schutz des Nürnberger Friedens stehen sollten. — An den Landgrafen schrieb der Kurfürst am 3. September unter Mitteilung dieser Correspondenz, er glaube, dass Ferdinands Brief namentlich auf die zwinglisch gesinnten Augsburger abziele. Jedenfalls dürfe man dem Antrage, Augsburg in den Schmalkaldischen Bund aufzunehmen, nicht eher Folge leisten, als bis die Stadt sich ausdrücklich zur Confession der Einigungsverwandten bekenne. Neudecker Urk. 235 ff.

<sup>2</sup> Ein Brief gleichen Inhalts gieng dem Kanzleivermerk zufolge auch an Georg Besserer in Ulm.

<sup>3</sup> Liegt nicht bei. Der Brief befürwortete jedenfalls eine endliche Beilegung des Sacramentstreits. Vgl. folg. Nummer.

laut beiliegender Copie<sup>1</sup>. Daraufhin sei seine Absicht, Melanchthon in der Woche nach Weihnachten zu sich nach Cassel einzuladen, «und sehn für gut an, das ir alsdan Bucerum auch hettet hieher geschickt, ob got wolt gnade verleihen, das di bede mochten solcher irrung beständige vergleichung finden, dorin dan an uns kein uncost vleis muhe noch arbeit sol gespart werden.» Luther und Melanchthon hätten an Schnepf geschrieben<sup>2</sup>, «[so] das wir verhoffen, derselb werde auch in seinem furnemen etwas gelimpflicher faren.» Melanchthons Schreiben habe er auch dem Herzog Ulrich zugeschickt<sup>3</sup>. Dat Cassel Fr. n. Mathaei apostoli a. 34.

## 243. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

October 13.  
Strassburg.*Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 253.*

Casseler Conferenz. Verhalten König Ferdinands verdächtig. Bittet, die Gesinnung des Kaisers und der Fürsten zu erforschen.

Antwort auf den Brief vom 25. September. Der Landgraf möge nur den Tag angeben, wann Melanchthon nach Cassel komme, so werde Strassburg zweifelsohne den Bucer auch dahin verordnen.

Dankt für Mitteilung der Briefe, welche König Ferdinand und der Kurfürst von Sachsen mit einander gewechselt haben, betreffend die Zwinglianer. «dweil aber us jetziger ko. mt antwort (\*) vermerkt würd, das ir mt. uf des churf. gutbedunken kein verstentlich antwort gibt, sonder die zu weitem bedenken ufziehet mit anzeig, das si solichen handel der kai. mt., auch andern chur. und fursten zugeschickt, deren resolution und ratschlag ir mt. gewertig sei, ist daraus leichtlich abzunämen, wohin die sachen gespielt werden wollen. wiewol ich nun kein zweivel hab, gott der almechtig werd des orts, wie vormals oft auch beschehen, genediglich hand obhalten, domit aber unsers teils auch nichts veracht,» so möge der Landgraf erkundigen, «was der kai. mt. und anderer chur. und [fürsten] gemüt und ratschlag hierin sin wolt, [was] wie ich acht, durch fugliche mittel wol beschehen möge; und so etwas vorhanden, doraus nochteil zu besorgen, zu abwendung desselben allen vleisz furwenden, und wes unser notturft erfordert, jeder zeit sampt e. f. g. gutbedunken uns zu wissen thun, wie ich dan des e. f. g. sonderlich vertraue, und si sich unz hiehar alwegen genediglich erzeigt und gehalten hat.» — Dat. Strassburg Di. 13. Oct. a. 34.

nr. 241.

## 244. Der Rat von Constanz an den Rat von Strassburg.

October 17.

*Str. St. Arch. AA 446 Ausf.*

Beschwerden Lindaus und anderer Städte über das Kammergericht. Beantragt einen Städtetag deswegen zu Esslingen.

«Unsere freund, burgermaister und rat zu Lindow, habent uns berichtet, was gstat der camerrichter in der sachen die religion betreffende zwuschen

<sup>1</sup> Liegt nicht bei. Gemeint ist der Brief vom 16. September (Corp. ref. II 787), worin Melanchthon mitteilt, dass Luther mit Bucers Lehre einverstanden sei, und seine Geneigtheit zur völligen Vergleichung des Streites kundgibt.

<sup>2</sup> Corp. ref. II 786, d. d. Sept. 16. Vgl. oben nr. 239.

<sup>3</sup> Diesen Satz hat Neudecker weggelassen.

doctor Joann Fabri wiland iren pfarrer, jetzigem bischof zu Wien, cleger ains und inen antwortern anders tails am kaiserlichen camergricht vor etlichen jaren angefengt, jetzo procediere und urtail geben habe, dadurch si nit nur von iren kaiserlichen frihaiten genommen werdint, sunder ouch der religion halb und uber beschehne recusation merklicher beswerden gewarten müssint.» Da nun Constanz selbst und auch andere Städte ähnliche Beschwerden hätten, so wäre es gut, wenn die Städte eine Zusammenkunft abhielten und eventuell eine Botschaft an Sachsen und Hessen schickten, um zu bitten, dass den Procuratoren der verbündeten Stände am Kammergericht Verhaltungsmassregeln bezüglich der Prozesse erteilt, oder aber dass ein allgemeiner Bundestag ausgeschrieben würde zur Beratung, «wie man sich in solche hendel richten welle.» Bittet, Strassburg möge die Sache überlegen und, wenn es mit dem Vorschlag einverstanden sei, die Städte an einen gelegenen Punkt, etwa nach Esslingen, beschreiben, sowie dem Ueberbringer über den gefassten Entschluss schriftlichen Bescheid geben. Dat. 17. Oct. a. 34. — Lect. 22. Oct.

245. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

October 28.  
Strassburg.

*Marb. Arch. Orig.*

Geldforderung Fürstenbergs an den Landgrafen. Bucer wird zur Casseler Conferenz kommen. Das Kammergericht fährt mit den Prozessen gegen die Oberländer fort. Grynaeus ist nach Tübingen berufen.

«Nachdem e. f. g. mir vergangner tag copeien zugeschickt, wes m. g. her, grave Wilhelm von Furstenberg, e. f. g. geschriben und dogegen e. f. g. im wider zu antwort geben, belangen die 10 000 gulden, so wolgemelter grave an e. f. g. fordert, füge ich e. f. g. zu wissen, das gedachter grave solichs min hern den drizehen auch angezeigt und doruf begert hat, si wolten sich der sachen rechtlich beladen, des sich aber min hern beschwert us allerlei ursachen, zuletzt doch gewilligt, sich der sach, soferre es e. f. g. geliebe, gutlich zu undernämen, wie si dan e. f. g. hieneben schreiben; mogen sich e. f. g. doruf, wes ir gelieben wolle, wider vernämen lossen<sup>1</sup>.»  
nr. 242. Was die Conferenz zwischen Melanchthon und Bucer betreffe, so seien die Dreizehn geneigt, Bucer zu schicken, «wolcher jetz gen Augspurg verritten, zu versuchen, ob er dieselben und andere prediger in Schwoben zu solicher vergleichong, — wie er die vor hat —, auch beweglich und bringen möge. gott der her wöll genad verleihen, damit e. f. g. hierin etwas fruchtbars usrichte; hoff ich, soll dem evangelischen handel zu grosser

<sup>1</sup> Ueber diesen Streit ersehen wir Näheres aus den Acten im Str. St. Arch. AA 448. Danach behauptete Fürstenberg, der Landgraf habe ihm für die Teilnahme am Württemberger Zuge 10000 fl. versprochen. Da Philipp dies in Abrede stellte, wurden schliesslich die Dreizehn von den streitenden Parteien zu Schiedsrichtern gewählt. Diese erkannten nach vergeblichen gütlichen Versuchen am 8. Juli 1535, dass Fürstenberg sich innerhalb dreier Monate entschliessen sollte, ob er eine rechtliche Entscheidung des Streits durch Richterspruch der Dreizehn anerkennen wolle. Der Graf antwortete ablehnend und gab damit eigentlich seinen Anspruch auf. Als er im folgenden Jahre nochmals die Vermittlung Strassburgs nachsuchte, erklärte der Landgraf, dass er auf nichts mehr eingehe.

furderung und zu abwendung viler des gegenteils practicken, so jetzt vorhanden, hoch dinstlich sein.

Das cammergericht understot gegen den von Lindow, uns und andern in sachen die religion belangen furzefaren, wie e. f. g. kurzlich vernämen werden; dorus clar abzunämen, das si uns fur sacramentierer achten wollen. wo nun inen solichs gelingen solt, wurde zu trennung der evangelischen stende ursach geben. doch hoff ich, der almechtig werd solichs durch e. f. g. hilf und zuthun genediglich verhüten. es ist gar ein geleter man, Simon Grineus genampt, welchen Philippus Melancthon seer wol kennet, hat ein zeit lang zu Basel uf der hohen schul gelesen, ist jetzt durch m. g. hern, herzog Ulrichen, gen Tübingen berüft und kurzlich do ankummen; do hett ich dafur, er solte zu der vergleichong hoch dinstlich sein<sup>1</sup>. » Bittet desshalb, Grynaeus zu der Zusammenkunft zwischen Melancthon und Bucer auch zu berufen. Dat. Strassburg Mi. Simonis et Judae a. 34. nr. 244.

**246. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.**

October 29.

*Str. St. Arch. AA 446 Ausf.*

Ist bereit, der Einladung Strassburgs zu einer Zusammenkunft der oberländischen Städte in Esslingen am 11. November Folge zu leisten<sup>2</sup>, und hat die andern Städte schon benachrichtigt. Der Landgraf habe geschrieben (\*), dass er mit dem Kurfürsten von Sachsen wegen Vergleichung des Zwiespalts im Artikel des Sacraments und wegen Erstreckung des Bundes gehandelt habe, und dass der Kurfürst zu diesem Zweck für gut ansehe, eine allgemeine Versammlung der Bundesstände und ihrer Prediger zu berufen. Der Landgraf verlange nun zu wissen, wie Ulm über solche Tagsatzung denke; Ulm seinerseits wolle aber erst Strassburgs Meinung hören und bitte deshalb, dem Gesandten auf dem Tage zu Esslingen ein Gutachten über den Vorschlag des Kurfürsten mitzugeben. Dat. Do. n. Simonis u. Judae a. 34. — Pr. Nov. 3.

<sup>3</sup> •Bodem die vor meinen herrn den XIII gelesen und erkant, [zu]vor rat und XXI zu horen. lect. coram XXI mitwoch den 4. nov. — lect. sambstag den 7. novembris a. etc. 34.

**247. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.**

November 4.  
Cassel.

*Marb. Arch. Conc. Sehr fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 255.*

Wie die Concordie am besten zu erreichen sei. Kaiser und König friedlich gesinnt.

Antwort auf den Brief vom 13. October. Luther und Melancthon hätten ihm jetzt wieder geschrieben laut beiliegender Copie<sup>4</sup>, «und weil die bede unsers abnemens nit ungneigt, das die vereinigung uf beständige wege nr. 243.

<sup>1</sup> Grynaeus war gleich nach der Eroberung Württembergs von den Strassburgern zur Berufung vorgeschlagen worden. S. oben nr. 227.

<sup>2</sup> Die Einladung Strassburgs d. d. Oct. 22 im Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Sie erfolgte auf Anregung der Stadt Constanz, s. oben nr. 244. Die Esslinger erklärten am 30. Oct. ihr Einverständnis mit dem in ihrer Stadt angesetzten Tage. Str. St. Arch. AA 447. (Ausf.)

<sup>3</sup> Vermerk des Stadtschreibers Joh. Meyer.

<sup>4</sup> Liegt nicht bei. Luthers Brief vom 17. Oct. s. bei De Wette IV p. 559.

gericht und weiter zertrennung verhut werde, und die fursorge tragen, so die zusammenkunft gescheen und die vereinigung nit funden werden solt, das es mer und weiter zerteilung und unrichtigkeit geperen mocht; darumb so sol es in ewer und Buceri bedenken gestellt sein, was der sachen am zutreglichsten und dienstlichsten sein mag: die zusammenkunft oder in schriften zu handeln, oder aber durch Bucern selbst oder ein andere person, di sich an Philippum und Luthern verfügt hett; und wilcher weg unter den dreien euch gelieben und der sachen am dienstlichsten sin will, moget ir uns bei gegenwertigen unserm reitenden boten furderlich anzeigen.» Ubersendet Zeitungen über die Münsterschen Wiedertäufer<sup>1</sup>. Dem umlaufenden Gerücht über grosse Werbungen schenke er keinen Glauben; «dan wir aus kei. mt. schriften, so sie uns gethan, desgleichen des konigs gemüt nit anders vermerken konen, dan das si den vertrag<sup>2</sup> halten wollen.» Immerhin sei es gut, aufzumerken und sich vorzusehen. Dat. Cassel Mi. 4. Nov. a. 34.

248. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. November 6.

*Str. St. Arch. AA 4813. Ausf.*

«Wie die sachen schwebender untruwen leufen bi uns gestaltet, sind ir durch unsern getruwen lieben miträt und drizehner, Bernhartent Meiger, als der jungst bi uch gewesen, gnugsam verständiget<sup>3</sup>.» Auf dem letzten Tage zu Baden hätten die Anwälte des Römischen Königs die Beschlagnahme, welche der König den Bernern auf ihr Gotteshaus Königsfelden zu Waldshut gelegt hatte, wieder aufgehoben, und es sei Aussicht, dass dieser Zwist ganz verglichen würde<sup>4</sup>. Auch der Streit zwischen den Fünf Orten und Solothurn einerseits, Bern andererseits, «wegen der vier mannen, so bi unsern eidgen. von Solothorn abgetreten und sich hinder unsern eidgen. von Bern enthalten», sei vorläufig geschlichtet<sup>5</sup>. Zwischen der Stadt Genf und Savoiern seien Friedensverhandlungen eingeleitet. Dat. Fr. 6. Nov. a. 34. — Lect. Nov. 12.

249. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

November 12.

Esslingen.

*Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 258.*

Weg zur Concordie. Kaiserliche Rüstungen. Erneuerung des Schwäbischen Bunds.

nr. 247.

Antwort auf den Brief vom 4. November.

Er sei aus denselben Gründen wie Luther und Melanchthon der Ansicht, dass die Vergleichung des Sacramentstreits am besten zu erreichen sei, wenn zunächst nur Bucer und Melanchthon «und iergend noch ein par, so ein jeder zu im nemen möcht», sich mit einander besprächen. Er

<sup>1</sup> Vielleicht ist ein im Str. St. Arch. AA 405 befindlicher Brief (Copie) des Bischofs von Münster an den Erzbischof von Köln gemeint, worin der erstere meldet, dass er zwei Wiedertäufer, die von Münster nach Warendorf gekommen seien, gefangen genommen habe, und deren Bekenntnis übersendet.

<sup>2</sup> Sc. den Vertrag von Cadan, s. oben p. 216 A. 2.

<sup>3</sup> Von Meigers Sendung ist nichts bekannt.

<sup>4</sup> Vgl. den Abschied des Tags zu Baden vom 27. Oct. in Eidgen. Absch. IV 1 C nr. 225.

<sup>5</sup> Eidgen. Absch. a. a. O.

werde jedoch erst noch Bucers Meinung, der jetzt zur Förderung der Concordie nach Augsburg berufen sei, einholen und, wenn dies geschehen, dem Landgrafen mit eigner Botschaft Bescheid geben.

Hinsichtlich der Rüstungen habe er nur erfahren, dass der Kaiser gegen 200 000 fl. in Augsburg bei den Welsern hinterlegt habe, «do man sagt, si seien uf Italias verordnet». Die Hauptleute Max von Epstein<sup>1</sup> und der Herr von Thamis hätten vom König keinen Befehl erhalten, Knechte anzunehmen, sondern nur einige hundert Gulden empfangen, um den Winter über «etliche kriegsleute zu unterhalten<sup>2</sup>». Gleichwohl habe er die jetzt hier in Esslingen versammelten Gesandten ermahnt, auf die Rüstungen gut Achtung zu geben. nr. 250.

Aus Augsburg sei ihm heute geschrieben (\*), «das kai. mt. in grosser rustung uf dem meer sin solle, und Engelland ufzusehen habē», ferner, dass die Unterhandlung des von Nassau mit dem Könige von Frankreich gescheitert sei<sup>3</sup>, und letzterer alsbald eine Botschaft nach England abgefertigt habe.

Memmingen zeige an, dass der Bischof von Augsburg vom Kaiser Befehl erhalten habe, die alten Schwäbischen Bundesstände wieder zu berufen, um einen neuen Bund aufzurichten. Dat. Esslingen Do. n. Martini a. 34.

250. Abschied des oberländischen Städtetages zu Esslingen. November 14. nr. 246.

*Str. St. Arch. AA 446. Copie.*

Instruction für eine Gesandtschaft an Sachsen und Hessen. (Bitte um Verwendung zur Abstellung der Religionsprozesse. Klage Abels gegen Capito wegen einer Pfründe. Notwendigkeit einer Bundesversammlung.) Schreiben Ulms an den Landgrafen. Verrechnung von Auslagen. Klagen über Verletzung städtischer Privilegien.

1) Nachdem die Gesandten der Städte alle Beschwerden, die den Städten vom Kammergericht begegnet sind, gehört haben, beschliessen sie, dass Strassburg und Constanz im Namen aller oberländischen einigungsverwandten Städte eine «ansehnliche Botschaft» an den Kurfürsten von Sachsen und Landgrafen von Hessen abfertigen sollen mit nachfolgender Instruction<sup>4</sup>:

Die Botschaft soll den Fürsten vortragen, was bisher zu Abwendung der Kammergerichtsprozesse in Glaubenssachen geschehen sei, und wie trotz des

<sup>1</sup> Muss heissen: «Eberstein». Vgl. nr. 256.

<sup>2</sup> Vgl. über die Bestellung dieser Hauptleute die Briefe des Erzbischofs von Lunden an den Kaiser bei Lanz II nr. 384 ff. S. auch unten nr. 256.

<sup>3</sup> Graf Heinrich von Nassau war von Karl V als ausserordentlicher Gesandter zu König Franz geschickt worden, nicht nur, um einen dauerhaften Frieden herbeizuführen, sondern auch, um den König gegen Heinrich VIII von England zu gewinnen, dem Karl wegen der Verstossung seiner Tante, der Königin Katharina, zürnte. S. die Instruction Heinrichs von Nassau in den Papiers d'état du cardinal de Granvelle t. II 136. Ebenda der weitere Briefwechsel zwischen dem Grafen und dem Kaiser. Man ersieht daraus das Scheitern der Verhandlungen infolge der Ansprüche Frankreichs.

<sup>4</sup> Diese Instruction beruht auf einem Entwurf, welchen Strassburg seinen Gesandten J. Sturm und M. Pfarrer nach Esslingen mitgegeben hatte. (Ebenda.) Sie ist namentlich insofern erweitert, als sie Beschwerden fast aller Städte aufzählt, während der Entwurf nur die Beschwerden Strassburgs und Lindaus (nr. 244) enthält und ganz allgemein die Intervention der Fürsten anruft.

Nürnbergers Friedens, der Recusation und des Cadaner Vertrags das Kammergericht fortfahre, gegen die oberländischen Städte zu procedieren, ja sogar ihre althergebrachten Freiheiten und Privilegien antaste. «dann furnemlichen, so were in verschinem maien ungefarlich ain executorial vom camergericht uf ain beriemts Romisch invocatorium brachii etc. wider doctor Wolfgang Capiton, predicanten zu Straszburg, ausgangen, uf anrufen ains curtisanen, Jacob Abel genempt, dorinnen das camergericht dem vorbemelten doctor Wolfen gepoten, der pfrunden und propsteien, so er zu Straszburg zu sanct Thoman ruwiglichen gehapt und besessen hette, zuvor und ehe er je straszburgisch oder ein predicant daselbsten worden, und so ime der gedacht curtisan Abel allererst, nachdem er angefangen, zu predigen und sich elichen zu verheiraten, mit Romischem rechten — uf sein doctor Capitonis nit erscheinen — in contumaciam diffinitive abgewonnen und nach bepstlichem bann, auch agravation und reagrationbriefen zuletzt von dem bepstlichen auditorn invocatorias<sup>1</sup> brachii secularis ans camergericht erlangt hett, in kraft welcher camerrichter und beisitzer oftbenanten doctor Capiton bei ainer hohen geltpeen vil mark lotigs gold geboten, seiner pfrund und propsteien abzetreten und dem vilgedachten curtisanen Abel die einzureimen mit erstattung etc.» Obwohl nun Strassburg sich beschwert habe darüber, dass das Kammergericht «durch disen gesuchten nebenweg der invocation brachii etc.» sich der «curtisanischen und Romischen prozess» annehme, welche von Seiten Strassburgs und seiner Mitverwandten «genzlich abgestellt und abgeschafft» seien, und obwohl es unter Berufung auf den Nürnberger Frieden und die Recusation die Einstellung des Verfahrens verlangt habe, so sei doch vom Kammergericht fortgefahren worden, und es sei täglich zu erwarten, dass Capito, der sich weder zu Rom noch am Kammergericht rechtlich eingelassen habe, gemäss dem Antrage Abels zu der verwirkten Geldstrafe unter weiterer Androhung der Acht verurteilt werde. Die Botschaft soll deshalb den Kurfürsten und Landgrafen bitten, sich der Sache anzunehmen; denn es sei zu bedenken, zu wie grossem Nachteil es den vereinigten Ständen gereichen würde, wenn «jeder papistisser pfaß oder curtisan ime ain vermeinte ansprach an jemant us der ainigungsverwanten stenden oder dern underthanen und hindersassen erdenken und ine derhalben mit beriemten [?] gaitlichen, des bapsts oder bischofs, gericht fur(zu)nemen und daselbsten gegen ime bis uf den bann aggravation reagration und zuletzt anrufung des weltlichen schwerts am camergericht solte procediern, sich auch das camergericht solicher und dergleichen handlungen wolte underziehen und beladen. dann durch disen weg hetten es die papisten in kurzer zeit dahin ze bringen, das sie umb irer curtisei willen die leit mit der keiserlichen acht hinfurter heher weder<sup>2</sup> zuvor mit dem gaitlichen bann mochten umbtreiben vexiern und beschwern.» Ferner soll die Botschaft den Fürsten die Beschwerden der Städte Constanz, Lindau, Memmingen und Esslingen anzeigen und um Verwendung beim König ersuchen, damit die Prozesse abgestellt würden. Auch soll sie um Auskunft bitten, wie sich die Städte, die alle gemäss dem letzten Speirer Abschied ihre Anwälte vom Kammergericht

nr. 212.

<sup>1</sup> Zu ergänzen: «litteras».<sup>2</sup> = als.

abberufen haben, bis zur Erlangung des Stillstands benehmen sollen. Da ferner zu befürchten sei, dass das Kammergericht trotz allen Schreibens nicht stillstehn werde, so soll die Botschaft bitten, dass die Bundesversammlung, welche nach dem Speirer Abschied eigentlich schon im Sommer hätte stattfinden sollen, aber wegen anderweitiger Geschäfte der Fürsten nicht zustande gekommen sei, demnächst berufen werde. Schliesslich soll die Botschaft um einen Ratschlag für die Stadt Strassburg bitten, bezüglich des Nachlasses eines Geistlichen<sup>1</sup>.

2) Es wird verabschiedet, dass Ulm dem Landgrafen auf sein Schreiben<sup>2</sup> «von wegen vorhabender vergleichung, erstreckung und erweiterung» «solte zuschreiben, wie solche vergleichung, erstreckung und erweiterung mechte erlangt und ins werk gebracht werden<sup>3</sup>.»

3) Auf dem nächsten Bundestage soll vorgebracht und verrechnet werden, was Strassburg im Jahre 1532 für Bestellung von Unterhauptleuten, und Ulm für die Gesandtschaft nach Italien etc. ausgegeben hat.

nr. 142.  
nr. 167.

4) Da sich Strassburg, Constanz, Memmingen und Lindau beklagt, wie sie «durch camergerichtisse und andere erkantnussen an iren keiserlichen erlangten und wahrhaftiglichen geprauchten freiheiten der furheischung in erster instanz etc uf etliche stet<sup>4</sup> zum hechsten vernachteilt» worden seien, so wird beschlossen, sich auf dem nächsten Reichstage deswegen zu beschweren und, so lange nicht Abhülfe geschehen, mit Unterstützung der andern Reichsstädte «in des reichs anschleg und underhaltung nit zu bewiligen.» — Act. Sa. 14. Nov. a. 34.

251. Georg und Bernhard Besserer an Jacob Sturm.

November 21.

[Ulm].

*Ulm. Arch. A. X 1 b. Conc.*

Wilhelm von Fürstenberg habe ihnen heute «in vertrauter gehaim» mitgeteilt, dass Herzog Wilhelm von Baiern mit Württemberg, Augsburg, Strassburg und Ulm ein Bündnis zu schliessen wünsche, und zwar in der Weise, dass die genannten Stände bei einem etwaigen Kriege infolge der religiösen Spaltung «aller hülff gewertig sein» sollten. Er, Fürstenberg, habe schon mit den Dreizehn von Strassburg deswegen verhandelt und bei ihnen «guten lust und naigung befunden». Er wolle deshalb jetzt zu Herzog Wilhelm reisen, um sich weiteren Befehl zu holen, und hoffe

<sup>1</sup> Das Nähere über diese Sache s. unten nr. 263, Beilage I.

<sup>2</sup> Das oben nr. 246 erwähnte.

<sup>3</sup> Diese unklare Ausdrucksweise kann wohl nur so verstanden werden, dass Ulm nochmals anfragen sollte, wie die Vergleichung etc. zu erlangen sei, und nicht etwa, dass es dem Landgrafen seinen Rat darüber mitteilen sollte. Also das «wie» nicht in relativem, sondern in interrogativem Sinne zu verstehen.

<sup>4</sup> Mit dem hier angezogenen Privileg ist wohl das an Strassburg 1435 von Kaiser Sigismund erteilte gemeint, in dem es heisst: «wann die clag oder sach meister und rat oder die gemeinde der stat Straszburg antriffet oder berüret, das dann die zü recht sol gewiset werden für die ersamen burgermeister und räte der drier stett eine: Basel, Worms oder Ulme oder für die wissenden ires rates, die dann derselben stett eine darzuo ordnet.» (Auszug einer stadt Strassburg altharkomen und bestetigten freiheiten, v. Seb. Brant, im Str. St. Arch. AA 16.)

bei seiner Rückkehr nach Ulm Bescheid von ihnen zu erhalten. Bitten in-  
folgedessen, Sturm möge ihnen schleunigst Auskunft geben, wie Strassburg  
sich zu der Sache stelle<sup>1</sup>. Dat. «in eil» Sa. n. Elisabeth a. 34.

**252. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.**

November 23.  
Strassburg.

*Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 260.*

Befürwortet Bucers und Melanchthons Zusammenkunft in Cassel.

nr. 249.

Bucer habe ihm jetzt aus Augsburg geschrieben (\*), dass er es aus  
denselben Ursachen wie Melanchthon für nützlicher und besser halte,  
dass zunächst, bevor eine allgemeine Zusammenkunft der Prädicanten berufen  
werde, eine Besprechung zwischen ihm und Melanchthon in Cassel stattfinde;  
«so dan Philippus Luthers und der seinen gemüt und, woran si  
brüngig sin wolten, vorwissens trüge, wolte er sin meinong und, wi weit er  
die oberlendischen prediger bracht hette, wes auch dieselben zugeben wolten,  
in verstendigen, alsdan dovon zu reden, wie ein bestendige vergleichong und  
einigkeit gefunden mocht werden. deshalb uns beiden nochmols e. f. g.  
erstes bedenken, das si Philippum und in, Butzer, uf jetz weihenachten oder  
nach den feirtagen zu ir beschreiben wolt, fur das nutzlichst und bestes  
ansehe.» Bittet inständigst, da an der Vergleichung viel gelegen sei, die  
Zusammenkunft möglichst zu beschleunigen. Dat. Strassburg Mo. n. Elisabeth  
a. 34.

Zettel: Beiliegend übersende er ein Schreiben Bucers an Melanchthon(\*),  
welches der Landgraf weiter befördern möge.

**253. Jacob Sturm an Georg und Bernhard Besserer.**

November 25.  
Strassburg.

*Ulm. Arch. A X 1b. Orig.*

Fürstenbergs Werbung wegen eines Bundes der evangelischen Oberländer mit  
Baiern. Strassburg antwortet ausweichend, weist Fürstenberg an Ulm und Augsburg.  
Sturms persönliche Ansicht über die Werbung.

Antwort auf das Schreiben vom 21. November. Am 3. October habe  
Wilhelm von Fürstenberg ihm einen Credenzbrief Herzog Wilhelms  
von Baiern zugestellt (\*), mit der Bitte, denselben den Dreizehnern zu über-

<sup>1</sup> Der höchst merkwürdige Plan eines Bündnisses zwischen Baiern und den evangelischen  
Oberländern, welcher hier zum ersten Mal hervortritt und zu einer lebhaften Correspondenz  
zwischen Sturm und den Besserern Anlass giebt, ist jedenfalls dem Hirn des ränkevollen  
Bairischen Kanzlers Leonhard Eck entsprungen. Wille a. a. O. hat noch neuerdings  
gezeigt, wie ausserordentlich verschlungen die Wege dieses ebenso begabten wie hinterlistigen  
Politikers waren; von dem hier angedeuteten Plane weiss aber auch er nichts. Es kann natür-  
lich nicht unsere Aufgabe sein, hier den eigentlichen Absichten und Zielen nachzuspüren, welche  
Baiern verfolgte, und worüber der Briefwechsel zwischen Sturm und Besserer leider nur  
unvollkommenen Aufschluss giebt (vgl. Sturms Vermutung in dem Brief vom 15. Dec.). Sicher  
ist, das Frankreich neben Baiern eine massgebende Rolle in dieser Intrigue spielte. Vgl. nr. 277,  
ferner die Briefe des Erzbischofs von Lunden bei Lanz II 133, 36, 38, 44, 45, 58 etc. — Bemerk  
sei noch, dass das Bairische Hof- und Staatsarchiv zu München einer von dort erteilten Auskunft  
zufolge nichts über dieses Bündnisproject enthält.

antworten und dabei anzuzeigen, dass er, Fürstenberg, beauftragt sei, der Stadt Strassburg den gnädigen Willen des Herzogs anzusagen, «und so es uns [die Strassburger] für gut und nutz ansehe, das wir uns mit sin f. g. in verstentnüs inliessen, wer es sin f. g. nit zuwider, dovon rede zu hören, mit andern dergleichen, doch verdunkelten worten, us welchen ich nichts lauters anders abnâmen mocht; derhalben ich begert und bat, sin genad wolt solichen bevelch selbs den drizehen anzeigen; aber sin genad beharret doruf, als ob es von unnöten were, das es durch in beschehe, sonder ich solte es anbringen. das bewilligt ich zu jungst sinen gn.» Die Dreizehn hätten aber den Antrag «für ein gemeine und weitleufige rede» gehalten und deshalb befohlen, dem Fürstenberg zu antworten: sie könnten sich ohne Mitwissen des Rats nicht in Bündnisse einlassen, und da Fürstenbergs Instruction nur an sie, die Dreizehn, gerichtet sei, hätten sie die Sache nicht an den Rat bringen wollen. Uebrigens seien Strassburg und Baiern einander so entlegen, dass «solich verstentnüs allerlei bedenken haben möchte». Neben dieser officiellen Antwort habe er, Sturm, dem Fürstenberg im Auftrage der Dreizehn als seine persönliche Ansicht vorgetragen, dass Herzog Wilhelm, wenn er Bündnisse schliessen wolle, sich erst an seine Nachbarn, wie Augsburg, Ulm und Herzog Ulrich wenden möge, und dann erst an das ferner gelegene Strassburg. Dieser Vorschlag habe dem Grafen gefallen. Mittlerweile sei die Nachricht gekommen, dass Baiern und König Ferdinand sich vertragen hätten<sup>1</sup>. Daraufhin habe er bei Fürstenberg angefragt, ob Herzog Wilhelm jetzt nicht andern Sinnes sein werde. Fürstenberg habe dies verneint, mit dem Zusatz: «er wolt es wol us der widerantwort von herzog Wilhelmen vermerken.» Dabei habe die Sache ihr Bewenden gehabt; wenigstens habe der Graf seither mit den Dreizehnern nichts mehr gehandelt.

Bittet um Geheimhaltung dieser Mitteilungen, auch Fürstenberg gegenüber. «als ir aber min bedenken dorunder begeren, will ich uch nit verhalten, das mich m. g. hern grave Wilhelmen anzeig ganz für weitleufig ansicht; acht auch, das sich seither der zeit, [dasz] im solcher bevelch worden, vilerlei sachen verlofen, dodurch si anders dan dozumul gestaltet; aber nicht destweniger acht ich, das man dennocht von sachen möcht hören reden. finde man etwas, das der sachen gleich sehe, wol und gut; wo nit, konte man mit fügen der[selben] sich alweg entschütten. ir werdt uch aber us grave Wilhelms vernerm bericht, so er zu siner ankunft geben und ir wol von ime erkunden werden, wol in die sach zu schicken wissen.» Verspricht über etwaige weitere Verhandlungen mit Strassburg zu berichten. Dat. Strassburg Mi. Catharinae a. 34.

## 254. Jacob Sturm an die Geheimen von Ulm.

November 30.  
Strassburg.*Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Orig. Benutzt von Keim Ref. von Ulm, p. 316.*

Concordie. Die Ulmer Prediger sollen sich Bucers Lehre gemäss halten.

Antwortet auf ein Schreiben(\*), worin ihn die Geheimen auffordern, «die vereinigung der gelerten» gemäss dem Esslinger Abschied beim Land-

<sup>1</sup> Wegen Ferdinands Wahl zum Römischen König.

grafen zu fördern<sup>1</sup>. Teilt ihnen darauf dasselbe mit, was er dem Landgrafen am 23. November geschrieben.

«Das ir aber begerend, was mittler weil mit ewern predigern zu handeln und ze reden gut sein mocht, uch in vertrauen zu verstendigen, weisz ich nit anders, dan das ich durch her Martin Butzer so vil verstendigt, kan es auch nit anders us seinem jetzigen schreiben(\*) abnâmen, dan das ewere prediger sin des Butzers meinong und moderation, so er in diser verglichong furgenomen, auch in etlichen buchlin, durch in hievor im truck usgangen<sup>2</sup>, begriffen, wol zufriden und des mit im einig seien. so dan dem also, konte ich nit gedenken, das mit inen etwas noch zur zeit weiters furzunâmen, dan inen zu bevelen, das si derselben meinong gleichformig sich in ierem predigen hielten, sich auch dovon nit abwenden liessen, und also zu erwarten, wes gott fur gnad zu verner verglichong verleihen wolte.» — «Dat. Stroszburg mentag noch presentationis a. 34.»

**255. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.**

November 30.  
Cassel.

*Ulm. Arch. A. X 1b. Copie von Sturms Hand<sup>3</sup>.*

nr. 252. Antwort auf das Schreiben vom 23. November. Er habe Melanchthon auf den 26. December nach Cassel eingeladen. Um dieselbe Zeit möge man Bucer dahin abordnen. Melanchthon solle zuvor sich über die Meinung der Lutherischen unterrichten, und ebenso Bucer über die Meinung der Oberländer, «ob gott gnad geben wolt, das doraus durch die beide mocht ein leidlicher anfang und weg zu der vereinigung gefunden werden.» — Dat. Cassel Mo. n. Catharinae a. 34.

**256. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg.** December 5.

*Str. St. Arch. AA 1813. Ausf.*

Kaiserliche Werbungen um Ravensburg, angeblich für Italien, in Wirklichkeit aber wohl gegen die Evangelischen, besonders gegen Würtemberg.

nr. 249. «Wir geben uch hiemit früntlich ze erkennen, das uns eigentlich zukomen, wie innerhalb vierzehen tagen merklich vil edellüt zu Waldsee, nit ver von Ravenspurg gelegen, bi einanderen gsin, bi denen uf die fünfzig keiserischer houptlütén gewesen. was die gehandelt, darvon sind wir sovil verstendigt, das drig under inen, nemblich her Max von Eberstein, her Caspar von Fronspurg und der her von Damysz zu der kei. mt. obersten houptlütén, und nemblich ir jeder zehentusent knecht ze füren, verordnet; die haben nun nach ir jedes gelegenheit houptlüt, soliche anzalen der knechten ze bewerben, angnomen, wie dann houptman Bollinger zu Stockach uf des von Fronspurg bevelch schon knecht annemen und bewerben sol. nun lutet unser kuntschaft, das under solichen houptlütén eben vil, so frömder

<sup>1</sup> Im Esslinger Abschied steht von einer derartigen Verpflichtung Sturms oder Strassburgs nichts. Vgl. nr. 250.

<sup>2</sup> Die im März 1534 veröffentlichte Schrift an die von Münster und die im September desselben Jahres gedruckte Apologie gegen den Bischof von Avranches. S. Baum p. 597.

<sup>3</sup> An Ulm übersandt, vgl. nr. 259.

nationen, hievor in disen landen nit me gesehen, und der houptlütten, die züvor bi der Ro. ko. mt. guten platz gehept, äben mancher one bescheid abgevertigt; und sie der anschlag, in stiller il die berümpftisten besten knecht ze bewerben und demnach mit unversehenem ufbruch die knecht in Italien ze füren, uf meinung, als ob die Ro. kei. mt. die uf Rom ze bruchen, da si einen bapst iro me dann disen anmütig einsetzen welle. es werde aber das kind vil ein anderen vater haben; dann es habe Tütschlant sich in sachen der religion bishar dermassen ungehorsam gehalten, das es billich sin straf verdient; die möchte im aber nit werden, wo diser anschlag gestracks uf die Tütschen gericht. deshalb man den weg zum anzug der kei. mt. engegen uf Italien nemen, und so aber der züg züsamen gebracht, dann werde man disen und jenen fursten, stett und lender irs gfallens heizen oder ze thun nötigen; und obglich wol die knecht am louf gehinderet, sie vorhanden, das die keiserliche maiestat fürsten hern und stett, dem heiligen rich verwant, die irer mt. bi gehorsame zuoziechen ze lassen, ervorderen und gebieten. wurde es darüber irer mt. versagt, hab si ein güte ansprach an Tutschland; lasse man si dann passieren, sie irer maiestat anschlag erst recht geraten etc.» Von andrer Seite höre man, dass der Herzog von Württemberg seinen Vertrag mit dem König gebrochen habe, namentlich indem er Neuerungen in der Religion vorgenommen habe, und dass der Kaiser und König, welche in Augsburg und anderwärts viel Geld hinterlegt hätten, gegen den Herzog einschreiten wollten. Strassburg möge auf diese Praktiken ein gutes Augenmerk haben.

nr. 249.

Von dem Verlauf der Friedensverhandlungen zwischen Genf und Savoiën wissen sie noch nichts. Bitten um Nachricht, was auf dem Städtetag zu Esslingen beschlossen sei<sup>1</sup>. Dat. Sa. 5. Dec. a. 34. — Lect. Dec. 7.

257. Georg und Bernhard Besserer an Jacob Sturm<sup>2</sup>.

December 8.

[Ulm].

*Ulm. Arch. A. X 4 b. Conc.*

Erneute Werbung Fürstenbergs wegen eines Bundes mit Baiern. Ausweichende Antwort Ulms. Versammlung wegen Erneuerung des Schwäbischen Bundes. Ueber Erstreckung des Verständnisses und Aufnahme Augsburgs.

Danken für Sturms Brief vom 25. November. Wilhelm von Fürstenberg sei kürzlich wieder zu ihnen gekommen und habe im Namen Herzog Wilhelms von Baiern von neuem bei den fünf geheimen Räten Werbung gethan wegen des Bündnisses mit Strassburg, Augsburg, Ulm und Württemberg. Er habe gebeten, dass Ulm in aller Stille mit den beiden erstgenannten Städten handeln möchte; auch wünsche der Herzog, dass einer von den geheimen Räten zu ihm geschickt werde, dem dann Näheres mitgeteilt werden sollte. «so nun dis beschehe und die mittel getroffen, sollten wir zuversichtlich sein, das die religion und gaitliche jurisdiction zu unserm gefallen dermassen

nr. 253.

<sup>1</sup> Strassburg antwortete am 8. December, indem es für die Zeitungen dankte, die Esslinger Beschlüsse (nr. 250) mitteilte und das Ausschreiben des Coblenzer Tages wegen des Münsterschen Aufruhrs (nr. 331) anzeigte. Basl. Arch. Zeit. 1520-49.

<sup>2</sup> Ebenda noch ein andres undatiertes Concept gleichen Inhalts von Georg Besserer an Sturm.

- ausgenommen, das wir nicht allain darinnen unbeschwert, sonder aller hülff wider die vernachtailer gewisz sein sölten.» Die geheimen Räte hätten darauf fast in demselben Sinne geantwortet wie die Dreizehn von Strassburg; auch hätten sie sich der Gesandtschaft an den Herzog geweigert. Der Grund hierfür sei der, dass sie von andrer Seite vernommen hätten, wie König Ferdinand zur Errichtung eines Bundes in Schwaben beabsichtige, am Dreikönigstag [Jan. 6] eine Versammlung zu veranstalten, deren Besuch Ulm «on geverlichen unrat» nicht abschlagen könne, vorausgesetzt, dass der Stadt «die religion und gaistliche jurisdiction freigelassen» würde. «wurden wir uns nun dohin begeben, (und der tag fur sich gieng, wie wir klain verhoffen)<sup>1</sup>, so könt ir guts verstands erachten, das uns der zugang jetzt angetragner buntnus genomen, gewört<sup>2</sup> und neben dem auch zu sondern unstaten komen.» Andererseits wäre es freilich auch von grossem Wert, durch Gesandtschaft an Baiern zu erfahren, was hinter dem geplanten Bündnis verborgen wäre. Sturm möge die Sache auf ihren Nutzen oder Nachteil hin reiflich prüfen und ihnen dann seine Meinung mitteilen.
- nr. 253.
- nr. 255. Der Landgraf habe ihnen wegen Vergleichung der streitigen Lehrmeinungen geschrieben (\*) und beantragt, den Kurfürsten von Sachsen um endliche Erklärung wegen der Verlängerung des evangelischen Bundes und der Aufnahme Augsburgs zu ersuchen. Ulm sei damit einverstanden, halte jedoch zunächst die Vergleichung hinsichtlich der Lehre für dringend erforderlich.
- p. 224 A. 1. — Dat. Di. n. Nicolai a. 34.

## 258. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

December 15.

*Thom. Arch. Ansf.*

Bittet, dem Prediger Martin Bucer nach Beendigung des Casseler Gesprächs noch ein halbes Jahr Urlaub zu geben, damit er bei der Neuordnung des Ulmer Kirchenwesens mitwirken könne. Dat. 15. Dec. a. 34.

## 259. Jacob Sturm an Georg und Bernhard Besserer.

December 15.

*Ulm. Arch. A X 1 b. Orig.*

Baiern bestehe auf der Verbindung mit den Oberländern. Angeblich auch Graf Georg von Württemberg dafür gewonnen. Bedenken gegen den Bund. Interessenverschiedenheit bei Baiern und den Evangelischen. Trotzdem solle Ulm die Absichten Baierns näher erforschen. Casseler Conferenz. Basler Zeitungen. P. S. Vermutung über den Grund des Bairischen Bundesantrags. Verhältnis Baierns zu Frankreich. — Zwist wegen Heidenheims.

- nr. 253. Antwort auf das Schreiben vom 8. December. Es zeige sich, dass Baiern trotz des Vertrages mit Ferdinand an dem Zustandekommen des Bündnisses festhalte. Wilhelm von Fürstenberg habe ihm und noch einem der Dreizehner angezeigt, was er in Ulm gehandelt, «ongeverlich des inhalts wie ir mir zugeschriben», mit dem Hinzufügen, dass er den Grafen Georg von Württemberg dafür gewonnen habe, zwischen

<sup>1</sup> Diese durch Randbemerkung eingeschaltete Stelle passt nicht in die Construction.

<sup>2</sup> Im Sinne von «verwehrt».

Herzog Ulrich und Herzog Wilhelm zu vermitteln, damit ersterer auch in das Bündnis komme. Die Dreizehn hätten darauf beschlossen, zu warten, bis Nachricht von Ulm käme. «nun hab ich min hern den drizehen angezeigt, was ir mir geschriben, und so ich die sach hin und wider erwige, befinde ich, das sich im thun und lassen allerlei bedenkens und beschwernüs zutragen wille. dan ich trage kein zweivel, ir wissen us erfarnüs, das bei unsern zeiten kum ein sach ist, die do die gemüter der menschen meer zusammen oder von einander tribe dan gliche oder unglieheit der religion; welcher gestalt es nun in der religion zwisten angezeigtem fursten und uns stande, ist offenbar. derhalben wol zu gedenken: wie wir unsers teils uf die religion sehen, derhalben wir in gefar steen und uns in verstantnüs inzulossen gedenken, also sehen die fursten uf ein anders, so inen angelegen, des aber wir kein wissens tragen. nun ist zu besorgen, wo si irs lasts entledigt oder das, dorumb si die verstantnüs begeren, erlangten, wir wurden in sachen der religion, die inen nit angelegen, — wiewol sich grave Wilhelm hören last, als ob es deshalb kein mangel haben solt —, beschwerlich hilf oder zusatz im fall der not erlangen. dagegen bedenk ich aber die jetzigen lauf, welche sich us vil vermutungen also ansehen lossen, als ob man die fursten gern von stetten absondern und alsdan den stetten ein bad uberhenken wolte. so ist zu besorgen, das diejenigen, so den Schwabischen bund wider ufzurichten begern, allerlei practicken füren, die meer unsern widerwertigen dan den stetten zu gut furgenomen werden. wo man nun zu diser sach also usserlich thun und weder durch schickung oder ander weg von der sach red horen solte, möcht es ursach disen fursten geben, sich auch uf des gegenteils practicken zu begeben und also bundnussen ufzurichten, die den stetten weniger dan dise gelegen, dodurch man nochmols, ob man schon wolte, zu dem nit meer komen mochte, das man uns jetz heim und fur die thüre tregt. derhalben so wer miner hern der drizehen und min guthedunken, wiewol si in diser sachen on vorwissen oder bevelch eins rats nichts zu beschliessen haben, wie on zweivel ewer mithern die geheimen auch, das nit destweniger nit unnutz sin solte, das ir jemants vertrauts dergestalt, wie grave Wilhelm angezeigt, zu herzog Wilhelmen geschickt hetten, zu hören und sovil moglich zu erkundigen, us was grund und ursachen doch dise bundnus also an uns getragen würde, und ob zu verhoffen, — wie es grave Wilhelm in kein zweivel setzt —, das herzog Ulrich auch in dis bundnus gebrocht möcht werden; daneben auch zu vernämen, ob m. g. her der landgrave auch in dise bundnüs kommen solte; dan wie mich bedunkt, werd siner f. g. wenig von grave Wilhelmen in diser handlung gedacht, on welchen aber uns von stetten us ursachen, uch wissend, verstantnüs ufzerichten nit wol tunlich sin will.» Wenn die Geheimen von Ulm es jedoch zur Zeit nicht für angezeigt hielten, jemand nach Baiern zu schicken, so sollten sie wenigstens dem Herzog schreiben, dass er seinem Gesandten auf dem Schwäbischen Bundestage [Januar 6] geheime Instruction erteilen möge, sich mit dem Ulmer Gesandten zu besprechen. Nach Fürstenbergs Aussage werde der Herzog wahrscheinlich seinen vertrauten Kammermeister, Caspar Perndorfer, zu dem Bundestage schicken. «bei sollichem mocht man erfahren verner gelegenheit der sachen, wiewol es bi den fursten miner achtung basz und weiters

dan bi eim gesanten geschehen möcht. so man dan in solicher erkundigung befinde etwas, das der sachen gleich sehe, möcht man es dan weiter an die räte bei euch und andere von stetten gelangen lassen.»

Das Ulmer Bedenken, bezüglich der Concordie und der Erstreckung des Bundes, liessen sich die Dreizehn gefallen. Sendet Copie des landgräflichen Schreibens vom 30. November. Er habe darauf an Bucer in Augsburg die Aufforderung gerichtet (\*), sich sofort nach Cassel zu begeben, und hoffe, dass derselbe jetzt unterwegs sei. Mittlerzeit würden voraussichtlich auch die Gesandten aus Sachsen zurückkommen.

nr. 255.  
nr. 250.  
nr. 256.  
nr. 249.

Berichtet die Zeitungen vom 5. December aus Basel und die daran geknüpften Besorgnisse wegen eines Angriffs auf die Evangelischen. Namentlich seien auch die jetzigen Verhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser bedenklich, da sie wegen der sehr gemässigten Anforderungen des Kaisers wahrscheinlich zum Frieden führen würden. Dat. Strassburg Di. n. Luciae und Otiliae a. 34.

P. S. «Als ich uch hieneben geschriben, das ich nit wissen mege, wes die ursach seie, dorumb die fursten von Beiern dise verstantnis begeren, und sonderlich, dweil si mit der ko. mt. vertragen, so falt mir doch ein argwone in, den ich uch also in hechster geheime, dasselb also bei euch zu behalten und niemants, er sei dan auch vertraut, zu eroffnen, nit verhalten megen, allein dorumb, ob ir jemants schicken und uch in handlung, wie uns fur gut ansicht, inlossen würden, ein achtung doruf zu haben. es hat der ko. von Frankrich hievor zu handhabung der bundnüs, so Beiern mit Sachsen, Hessen und andern gehebt in sachen die koniglich wal betreffen, 100 000 kronen hinder Beiern erlegt<sup>1</sup>; dagegen sich Beiern verschriben, wo solich gelt in- benanter sachen nit gebrucht, dasselbig dem kunig wider zuzestöllen. nun lest sich aber die franzosisch botschaft, so heraus ist, hören, das sin konig fur gut ansehe, das man ein bundnüs in Teutschland ufricht<sup>2</sup>; erbiet er sich derselben schirmer zu sein oder selbst dorin zu komen und zu hanthabung derselben ein namhafte soma gelts hieraus zu erlegen. nun gedenk ich, ob villicht herzog Wilhelm derhalben die bundnus ufzurichten begert, domit [er] das gelt, so er hinder ime hat, zu handhabung derselben behalten möcht<sup>3</sup>; dan sonst, dweil die walsach vertragen und er dorin gewilligt, wurd er schuldig, solich gelt wider dem kunig herauszugeben. ob nun dise practick von Beiern an den kunig oder vom kunig an Beiern procht und gemutet, kan ich nit wol usrechnen, allein das ich also ein vermutung bei mir hab us allerlei anzeigungen. mag villicht fäl sin; hab es doch uch ganz vertrewlich, der sach acht zu haben, eroffnen wöllen.»

Bittet, Georg Besserer möge die Angelegenheit Heidenheim betreffend, die auch Fürstenberg jetzt wieder angeregt habe, weiter erwägen, «domit dieselb sach auch uf leidlich weg gebracht und deshalb kein verhin- derung furfiele<sup>4</sup>.» — «Dat. zinstag post Lucie a. 34.»

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Wille p. 76 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Lanz II p. 144.

<sup>3</sup> Vgl. Lanz II p. 158.

<sup>4</sup> Die Herrschaft Heidenheim, welche ursprünglich zu Württemberg gehörte, war während der Oesterreichischen Regentschaft von Ulm angekauft worden. Herzog Ulrich wollte nun diesen

## 260. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg.

December 18.

*Str. St. Arch. AA 4815. Ausf.*

Verlangen Auskunft wegen der Stuttgarter Concordie und wegen Münsters. Verfolgung in Frankreich.

«Demnach im land Wurtenberg, das die gelerten den zwispalt des sacraments ze concordieren willens, vorhanden, langt uns an, wie das soliche concordi dahin gerichtet, das beider der Luterischen und unser meinung darinnen vergriffen, und aber mit so vertunkleten worten, das mans nit merken und doch jeder teil dise wort uf sin sentenz ziechen möge etc.; und wiewol wir dem nit wol können glouben ge[be]n, in ansechen, das solichs mer ein angestalt (*sic!*) dann ein rechter warer frid sin, darzu uwere predi-canten, die ouch bi solicher handlung, mit unsern furgesetzten in disem artikel der sachen eins und glich gesinnet: jedoch bitten wir, als die mit unverletzter warheit gern friden und einigkeit sechen, üch zu dem frunt-lichsten, ob üch diser concordi halb einich artikel, wie die geschechen solte, zuokomen, uns derselbigen, ouch wie uch die sachen gefallen, ze berichten.» Bitten um nähere Auskunft über Münster, namentlich, «ob toufer darin, ob ouch si sovil wiber nemen.» Von der Genfer Angelegenheit verlaute noch immer nichts Näheres. «aber in Frankrich langt uns an, wie der könig wider die bekemmer unsers heiligen gloubens grusamlich tirannisiere.» — Dat. Fr. 18. Dec. a. 34. — Lect. Dec. 21<sup>1</sup>.

nr. 238 u.  
239.

nr. 256.

## 261. Georg und Bernhard Besserer an Jacob Sturm.

December 22.

*Ulm. Arch. A. X 1 b. Conc.*

Danken für das Gutachten vom 15. December, welches sie sehr wohl bedacht finden. Sie hätten auch demgemäss gehandelt, wie die beifolgende Copie des Schreibens der geheimen Räte an Herzog Wilhelm von Baiern ausweise<sup>2</sup>. Schicken Zeitungen (\*). Hoffen von Bucers Eifer für die Concordie alles Gute. «Dat. aftermontags nach Thome ap[osto]lli a. 34.»

nr. 259.

Zettel: Bezüglich Heidenheims teilt Georg Besserer mit, dass

Kauf nicht anerkennen, sondern verlangte anfangs die unentgeltliche Rückgabe Heidenheims. Der Landgraf, welcher mit Recht fürchtete, dass dieser Streit der allgemeinen evangelischen Sache Eintrag thun könnte, suchte eifrig zu vermitteln; aber erst im Mai 1536 gelang ihm die endliche Beilegung des Zwists. Aus diesem und späteren Briefen ersehen wir, dass auch Sturm sich im Interesse des allgemeinen Friedens an dem Vermittlungswerk beteiligte. S. Heyd III 30 ff.

<sup>1</sup> Vermerk des Stadtschreibers Joh. Meyer: «Gelesen in beisein hern ammeisters [Martin Herlin], hern Bocks, hern Fridrichs, hern Röders, hern Sturmen, hern Kniebsen, hern Mueg, hern Pfarrer, Meyer, Johams, Betscholtz, Geigers.» Vgl. oben p. 209 A. 1.

<sup>2</sup> Conc. davon liegt bei (ohne Datum): Die Geheimen entschuldigen sich, dass sie wegen der erforderlichen Geheimhaltung der Verhandlungen niemand zum Herzog schicken können, bitten aber, den Gesandten auf dem Bundestage zu Donauwörth mit den nötigen Instructionen zu versehen, wie sie denn auch ihre eigne Botschaft instruieren wollen. — Die Antwort des Herzogs d. d. Ingolstadt 25. Dec. (Ausf. ebenda) zeichnet sich durch lakonische Kürze aus: «Wir lassen es also bei eurem guetbeduncken besteen und sind euch zu gnaden genaigt.»

er besonders auf ein Mittel gedacht habe, diese Herrschaft als Eigentum zu erwerben; er habe aber noch keins ausfindig machen können. Sturm möge die Sache weiter überlegen, damit «ungnad bei herzog Ulrich furhuet und abgestellt werd», und ihm bei eignem Boten Antwort schicken.

Kanzleivermerk (von derselben Hand): hat im auch D. Johann Voiten werbung unerschickt <sup>1</sup>.

### 262. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel.

December 22.

*Basl. Arch. Zeit. 1520-49. Ausf. von Joh. Meyer.*

Stuttgarter Concordie zwischen Schaepl und Blaurer. Bucers Berufung nach Cassel. Verfolgung in Frankreich.

- nr. 260. Antwort auf das Schreiben vom 18. December. «geben euch darauf freuntlicher meinung zu vernemen, das wir solicher concordi im land zu Wirtemberg kein weiters wissen tragen, dan das meister Erhart Schnepf und maister Ambrosi Blarer, so beide durch unsern g. herrn herzog Ulrichen das evangeli in irer f. g. land zu predigen beruefen worden,
- nr. 239. einer masz vom sacrament zu reden sich verglichen, bei welcher aber niemans der unsern gewesen. daneben ist aber nit one, das unser prediger etlich jar heer sich alweg vernemen lassen, als ob diser span mer in worten, dan in der sachen selbs stünde, und deshalb vilerlei weis und mittel der concordi gesucht und noch unz hieher nichtz underlassen, was zu satter und volkomener eingung und hinlegung diser schedlichen spaltung dienen mocht. derhalben auch herr Martin Butzer ein zeit lang zu Augspurg und, wie uns anlangt, verruckter tag zu Costnitz gewesen, und jetz von unserm g. herrn landgraven gen Cassel berüft worden.» Sobald er zurückgekehrt sei und über seine Reise Bericht erstattet habe, werde man Basel nähere Auskunft erteilen.
- p. 245 A. 3.

Ueber Münster wisse man nichts Näheres. Dass Wiedertäufer darin seien, unterliege keinem Zweifel.

Bitten um Auskunft, ob es wahr sei, dass die Eidgenossen eine Gesandtschaft an den König von Frankreich zu Gunsten der unterdrückten Glaubensgenossen geschickt hätten. Dat. Di. 22. Christmonats a. 34.

### 263. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

December 28.

*Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Ausf. Zettel ebenda. Beilagen Str. St. Arch. AA 446. Copien.*

Rückkehr und Bericht der zum Kurfürsten und Landgrafen geschickten Botschaft. Beilagen: (1) Der Landgraf befürwortet beim Kurfürsten eine Intervention behufs Sistierung der Religionsprozesse. Streit wegen der Hinterlassenschaft eines ehemaligen Priesters. Verwendung für die Procuratoren. (2) Der Kurfürst erklärt sich im Ganzen einverstanden und übersendet (3) eine Instruction zu einer bezüglichen Werbung bei König Ferdinand.

Michel Han, Strassburger Secretarius, und Joachim Maler von Constanz, welche von den oberländischen Städten wegen der Beschwerden

<sup>1</sup> Diese Werbung hatte denselben Inhalt, wie die von Gundelfingen an Strassburg gebrachte. Vgl. unten nr. 269.

über das Kammergericht als Gesandte zum Kurfürsten von Sachsen und Landgrafen von Hessen abgefertigt worden, seien am 23. December nach Strassburg zurückgekehrt. Dieselben hätten auf der Hinreise zunächst in Speyer und Frankfurt kleinere Aufträge erledigt, worauf sie erst den Landgrafen, dann den Kurfürsten und auf der Rückreise von Sachsen nochmals den Landgrafen besucht hätten. Was sie bei den Fürsten ausgerichtet, sei aus den Beilagen zu ersehen (s. unten). Ein nochmaliger Städtetag sei vorläufig überflüssig; man müsse zunächst König Ferdinands Antwort auf das Gesuch der Fürsten, bezgsw. die Ansetzung eines neuen Bundestags abwarten. Dat. 28. Dec. a. 34<sup>1</sup>.

Zettel: Der Landgraf habe die Gesandten gebeten, bei ihren Obern dahin zu wirken, «das die stet nit sachen einmischen oder unterslaifen wolten, so nit on alle mitel religion und glaubenssachn wern, allerlei irrung und inreden zu verhuten.» Strassburg sei der Ansicht, dass die Städte einer solchen Mahnung nicht bedürfen.

BEILAGEN.

I. Landgraf Philipp an Kurfürst Johann Friedrich. December 2. Milsungen.

Es seien ihm jetzt von den Gesandten der oberländischen Städte Beschwerden vorgetragen worden, welche auch der Kurfürst vernehmen werde. Er beantrage daraufhin, nochmals an König Ferdinand zu schreiben, und ihn an den im Cadaner Vertrag zugesagten Stillstand der Kammergerichtsprozesse zu erinnern; es sei nicht mehr als billig, dass die Friedensbedingungen nicht nur von den Protestierenden, sondern auch vom König gehalten würden. Bittet, einen Gesandten mit den nötigen Instructionen nach Wien abzufertigen; er selbst werde seinen Kanzler Rudolf Schenk, der bereits am königlichen Hofe sei, gleichfalls beauftragen, zur Abstellung der Beschwerden zu verhelfen. Strassburg bitte um Ratschläge in einer Streitsache, betreffend einen «Badenischen verstorben edelman, der ein priester gewest, sich bei ine ehelich beweibet und kinder gezeuget hat, des bruder und freunde aber die witwen und kinder, die verlassene guter und narung zu erben, nicht zulassen wollen.» Wegen dieser Sache sowie wegen der Frage, wie sich die Städte vorläufig gegen das Kammergericht benehmen sollten, habe er die Gesandten auf ein Gutachten seiner Gelehrten vertröstet. Mit der Anberaumung eines Bundestags sei er einverstanden; Ort und Zeit desselben möge der Kurfürst festsetzen. Die Gesandten hätten ferner erzählt, dass die gemeinsamen Procuratoren der protestierenden Stände ihnen mitgeteilt hätten, «in was sonderlichen beschwerungen und gefären sie zu Speier gehen und seien<sup>2</sup>»; der Kurfürst möge deshalb zu Gunsten der Pro-

<sup>1</sup> Ulm bedankte sich für diesen Brief nebst Beilagen durch Schreiben v. 4. Jan. 1535. Str. St. Arch. AA 451.

<sup>2</sup> Dr. Hieter und Licentiat Helfmann gaben den Gesandten eine Bittschrift an die Fürsten mit, in der sie darlegten, dass das Kammergericht seinen Groll über die Recusation gegen sie, als die Vertreter der protestierenden Stände, ausliesse, und dass sie Einkerkung und die

curatoren eine Schrift an das Kammergericht ausfertigen lassen und ihm, dem Landgrafen, zur Versiegelung und Weiterbeförderung übersenden. Auch müsse man sorgen, dass den Procuratoren das «ussteende wartgelt» von Seiten der Bundesstände ausbezahlt werde.

Bittet um Antwort durch die oberländische Botschaft, welche auf dem Rückweg wieder bei ihm vorsprechen werde. Dat. Milsungen Mi. n. Andree a. 34.

Zettel: «Lieber vetter und bruder! E. l. wolle ire lassen diese stette bevolen sein; sie werdens verdienen, zudem daz es auch not, das man uber inen halte, wie e. l. wol ermessen mogen.»

## II. Antwort des Kurfürsten Johann Friedrich auf die Werbung der oberländischen Städte.

December 5.  
Weimar.

Er sei bereit, mit dem Landgrafen zusammen wegen Abstellung der Beschwerden beim König werben zu lassen, laut Copie beiliegender Instruction (Beilage III). Die Städte sollten sich im übrigen auf keinerlei Defension in Religionssachen am Kammergericht einlassen, da dies der Recusation und dem bewilligten Stillstand widerspräche. Er sei auch bereit, demnächst einen Bundestag anzusetzen, auf welchem die Fürsten persönlich erscheinen und alle Stände ihre Prediger haben sollten, um einen Ausgleich des Sacramentstreits herbeizuführen. Ein Schreiben zu Gunsten der Procuratoren an das Kammergericht würde wenig fruchten; es wäre besser, sich auch in dieser Sache an den König zu wenden. Ueber die Erbfallsangelegenheit in Strassburg werde er seine Gelehrten beratschlagen lassen. Dat. Weimar Mi. n. Nicolai a. 34.

## III. Instruction für eine Gesandtschaft Sachsens und Hessens an König Ferdinand<sup>1</sup>.

December 9.

Die Gesandten sollen ausführlich recapitulieren, was alles bisher vom Kaiser und König bezüglich des Stillstands in Glaubenssachen bewilligt und versprochen sei; sodann sollen sie darlegen, wie trotz dieser Versprechungen, auch ungeachtet der Recusation von Seiten der Protestierenden das Kammergericht mit den Prozessen fortfahre, namentlich gegen die Städte. Daran sollen sie nochmals die Bitte knüpfen, dass der König das Kammergericht zu endlichem, wirklichem Stillstand veranlasse. Für den Fall aber, dass das Gericht dem nochmaligen Befehl des Königs wieder nicht gehorche, solle Ferdinand in seinem und des Kaisers Namen die schriftliche Zusicherung

Ungnade des Kaisers zu erwarten hätten. Die Fürsten möchten ihnen Schutz und eventuelle Schadloshaltung zusagen und auch für die Bezahlung des noch ausstehenden Wartgeldes von 600 fl. Sorge tragen. (Str. St. Arch. Dreizehnergewölbe: «Poursuites contre les protestants.» Ausf.)

<sup>1</sup> Diese Instruction, die zunächst ja nur ein Entwurf des Kurfürsten war, scheint die Zustimmung des Landgrafen gefunden zu haben und dann wirklich in dieser Form an den König gebracht zu sein. (Vgl. nr. 274). Ausserdem erhielten die Gesandten an Ferdinand noch eine Nebeninstruction bezüglich der Beschwerden Memmingens und zu Gunsten der vom Kammergericht bedrängten Procuratoren. Str. St. Arch. a. a. O.

geben, «das ire maiestaten des camergerichts processen und vermeinten nichtigen erkenntnussen der execution halben kein handlung oder volstreckung pflegen, sonder uns bei irer maiestaten bewilligten und vorschrieben stilstand darwieder gnediglich schutzen und schirmen wolten; so musten unsere mitverwanten und wir sie in dem ires willens mit weniger beschwerung auch walten lassen und bequeme wege zu abwendung ires gegen kei. und ko. maiestaten geleisteten ungehorsams betrachten und bedenken.» — Dat. 9. Dec. a. 34.

264. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm<sup>1</sup>.

December 28.

*Str. St. Arch. AA 451. Conc. von M. Han. Ausf. im Ulm. Arch. A X 16.*

Der Landgraf mahne zu reiflicher Ueberlegung, wie man sich bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Schwäbischen Bundes verhalten solle.

Michel Han habe nach seiner Rückkehr vom Landgrafen angezeigt, wie derselbe ihm insgeheim mitgeteilt habe, dass er von König Ferdinand aufgefordert sei, sich an der auf den 6. Januar 1535 angesetzten Versammlung zu Donauwörth behufs Wiederaufrichtung des Schwäbischen Bundes zu beteiligen<sup>2</sup>. Daran habe der Landgraf die Vermutung geknüpft, dass Ulm und andere Städte, die früher dem Schwäbischen Bunde angehört, gleichfalls vom König zu dem Tage eingeladen seien. «dweil nun in der sachen allerlai zu bedenken sein wölle, ob man ain pund hette, der allen stenden darinnen begriffen des glaubens und anderer sachen halben unbeswerlich, oder ob weger were, gar kain pund mit etlichen der vorigen pundstenden ze haben, sei sein f. g. in dem bei iro selbs noch nit endlichen entschlossen; hab uf baiden seiten allerlai bewegungen, und darumb sehe sein f. g. in all weg fur nutz und gut an, das wir gedächten, wie ir und andere von den stetten des gewesen punds zuvorderst vertrewlichen angehanet und erindert wurden, die sachen wol zu bedenken, damit nit plutzlich in ain newen pund gegangen und auch die sach nit gar verachtet, sonder getrewlichen zusammengehalten wurde, ob man je ain pund ufrichten wölt, das doch solichs mit guter masz und vorbedingung beschehe und sonderlich dem wort gotes und unserm hailigen glauben — wo demselben nit basz damit geholfen möchte werden — ufs wenigst nichts verabsaumt oder vernachtailt, und alle gelegenhaiten wol bedacht wurden, darzu auch sein f. g. irs tails trewlichen verhelfen wölle.»

nr. 257.

Da nun diese Mahnung des Landgrafen sicherlich aus «guter und gnediger meinung» geschehen sei, die Zeit aber für Strassburg zu kurz sei, um «mit den stetten in sonderhait ze handeln», so begnüge man sich mit der Bitte, auf dem Tage zu Donauwörth «mit besten fugen» und im Einverständnis mit den Hessischen Gesandten zu handeln. Dat. 28. Dec. a. 34.

<sup>1</sup> Nach M. Han's Vermerk: «in simili forma an burgermaister und gehaime rät zu Eszlingen.»

<sup>2</sup> Copie des königlichen Ausschreibens zum Tage in Donauwörth Str. St. Arch. AA 359. Ebenda die Acten über die Verhandlungen des Tages.

## 265. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

December 28.

*Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 262.*

Die von Sachsen geplante allgemeine Theologenversammlung müsse unterbleiben, da eine völlige Entzweiung daraus folgen würde. Lieber den Bund aufzulösen und einen andern zu schliessen. Zu Erstreckung des Bundes überhaupt weitere Vergleichung der Lehre überflüssig. Melanchthon und Bucer darüber zu Rate zu ziehen. Höchstens eine kleine Versammlung versöhnlicher Theologen zu berufen.

- Aus der Relation Michel Han's und Joachim Malers über die
- nr. 263, II. Antwort, die der Kurfürst von Sachsen ihnen auf ihre Werbung gegeben, habe er ersehen, dass der Kurfürst eine Zusammenkunft der evangelischen Stände zu veranstalten wünsche, auf der auch die Theologen erscheinen sollten «zu vergleichong des miszverstands, so sich im artikel das hochwüdig sacrament belangen zwisten inen haltet etc. wiewol ich nun kein zweivel trage, ir churf. g. meinen es gnediglich und gut, so mag ich doch us dem underthänigen vertrawen, so zu e. f. g. ich alweg getragen, nit underlassen, min fursorg derselben also in underthaniger geheim anzuzeigen, underthenglich bittende, mich hierunder nit zu vermelden, sonder der sachen verner us furstlichem verstand nachzuzedenken; und namlich das ich sorg trag, es werde dise zusammenkunft der gelerten von etlichen dem churf. nit dorumb geraten, das si die vergleichong suchen, sonder vil meer, das si sich versehen, dweil si wissen, wie etlich gelerten gesinnet, man werd sich nit vergleichen, domit si also den churf. von disem teil gar abreissen und uf andere practicken, so si vorhaben, dester leichtlicher bringen mögen. solt es nun die meinong haben, kan e. f. g. wol ermessen, zu was grossem nachteil es dem ganzen evangelischen handel reichen; und was es fur sterkung dem gegenteil bringen wurde, und das es alsdan vil nutzer und besser were, man handelt von keiner vernern erstreckung und annemung anderer stende, sonder liesz die bundnus also ersitzen und gedecht noch einer andern, domit man vermutet, wir hetten es nit der zwispältigen leer halber, sonder anderer entlegenheit halber gethon, welches dan vil minder dan das ander schadlich were.» Auch wisse sich der
- nr. 247. Landgraf zu erinnern, wie Luther und namentlich Melanchthon in ihren Briefen eine solche allgemeine Zusammenkunft eher für schädlich als nützlich erklärt hätten. Auch sei ja bei Aufrichtung des Bundes das Strassburger Bekenntnis vom Sacrament von den Sächsischen als ihrer Lehre gemäss anerkannt worden, und umgekehrt habe Strassburg das Sächsische Bekenntnis in Schweinfurt als dem seinigen nicht zuwider bewilligt; «was darf es dan in der erstreckung [des Bundes] weiteres bekennens oder vergleichens! so hör ich sagen, Augspurg<sup>1</sup> sei derselben bekantnüs auch zufriden. ob dan schon nit alle gelerten sich eins gleichen verstands der wort vereinigen mochten, sollte derhalben under den stenden nit mogen bundnussen ufgericht werden?» Bittet, der Landgraf möge mit Melanchthon und Bucer, falls sie noch bei ihm wären, «fur sich selbs und
- nr. 139.

<sup>1</sup> Um dessen Aufnahme in den Bund handelte es sich damals, vgl. oben p. 224 A. 1 u. nr. 195.

us eigner bewegnüs» über diese Dinge reden<sup>1</sup>, «si dorunder notturfänglich horen oder, so si verritten, die sach bei ir selbs erwegen und, so si also bi ir selbs oder inen befinden, das die zusammenkunft nit nutzlich, die sach durch fugliche mittel bei dem churfursten ableinen oder in verzug bringen; wo es aber nit sein wolt, die sach dohin richten, domit nit alle, sonder etliche wenig von beiden teilen gelerten, die nit hartnickig und eigensinnig, sonder schidlich und fridsame weren<sup>2</sup>, zusammenberuft wurden. das wolle e. f. g. also meinethalben im besten und guter meinong, — wie es von mir weisz gott beschicht —, genediglich vermerken.» — Dat. Strassburg Mo. 28. Dec. a. 34.

## 266. Jacob Sturm an Georg und Bernhard Besserer.

December 29.  
Strassburg.*Ulm. Arch. A X 1b. Orig.*

Weitere Erkundigung über das angetragene Bairische Bündnis einzuziehen, namentlich ob auch der Landgraf beteiligt sei. Bucers Reise nach Cassel. Absichten des Kaisers. Herzog Ulrichs Aftenlehen. Annahme von Hauptleuten. P. S. Zeitungen vom kaiserlichen Hof und aus Frankreich.

Antwort auf das Schreiben vom 22. December. «so vil die handlung mit m. g. hern, herzog Wilhelmen, belangt, acht ich nochmoln nit unnutz sein, dergestalt, wie ir vorhaben, verner rede zu hören; allein das e. gesanten wol darauf acht haben, ob m. g. her landgrave auch mit ime spiel sei oder dorin genomen werden soll, wie si dan durch geschickte befragung von dem Beierischen gesanten wol erfahren mogen. dan sovil mich bedunkt und ich us der beider gesanter Michel Hanen und Joachim Malers muntlichen relation vermerkt, so weisz m. g. her landgrave nichts von diser handlung, sonder standen ir f. g. gedenken uf andere wege.

nr. 261.

Die concordi und vergleichong der gelerten belangen, hoff ich, her Martin Butzer sei hinab gen Cassel von Costenz verritten, dan min bot, so ich im gon Augspurg geschickt, in da nit meer befunden; derhalben im her Wolf Rölinger, burgermeister, alle schriften gen Costenz zugeschickt, und befrembdt mich wol, das mir bemelter Butzer nichts widergeschriben. derhalben dan min hern zwen boten wider usgeschickt, einen gon Costenz, den andern zu m. g. hern landgraven, zu erfahren, wie es stande, deren ankunft man al tag wider warten ist<sup>3</sup>. nun trag ich kein zweivel, Melanch-

nr. 263.

<sup>1</sup> Sturm schrieb auch gleichzeitig in demselben Sinne an Bucer selbst, der den Brief auf der Rückreise von Cassel erhielt und darauf von Butzbach aus am 1. Jan. ein Schreiben an den Landgrafen richtete, worin er sich der Ansicht Sturms anschloss und einen allgemeinen Predigerconvent widerriet. Lenz Briefwechsel I nr. 13.

<sup>2</sup> Diese Stelle ist durch ein NB am Rande hervorgehoben.

<sup>3</sup> Constanz schrieb am 28. Dec. (präsentiert am 2. Jan.), Bucer sei am 15. Dec. dort angekommen; am 17. habe er von Augsburg aus die Einladung des Landgrafen zugestellt erhalten und sei darauf am 18. in aller Eile nach Cassel abgereist. Str. St. Arch. AA 2011. In Constanz hatte Bucer noch den Versuch gemacht, die oberländischen und schweizerischen Theologen für die Concordie zu gewinnen, und hierbei ziemliches Entgegenkommen gefunden. Vgl. Baum, Capito und Bucer p. 498 ff., wo Bucers Thätigkeit in Constanz, seine Reise nach Cassel und das Gespräch mit Melancthon auf Grund seines Originalberichts (Str. St. Arch. AA 462) geschildert ist. Vgl. auch den am Schluss dieses Bandes beigefügten Excurs über die Concordie.

ton und Butzer werden sich wol vergleichen; ich trag aber allerlei fürsorg des Luthers halber, und das nit on ursach. gott füg es dohin, damit unbegeben der warheit verglichong funden werd.»

Grosse Bedenken gegen die von Sachsen beabsichtigte Berufung einer allgemeinen Versammlung der Prediger<sup>1</sup>.

nr. 249. «Ewer zeitung halb, so ir mir geschickt<sup>(\*)</sup>, sind si mir ganz argwenig; dan erstlich kan kein mensch erfahren, was kai. mt. vorhaben sei, und zeigt doch darnoch ane zween weg, wie ir mt. handlen werde, so der frid mit Frankrich erlangt oder nit. so ist der von Nassaw lengest vom französischen hof wider abgescheiden. zu dem so zeigt doctor Voiten werbung das widerspiel dieser zeitungen ane. aber wie dem allen, ist nichts zu verachten, dobei aber der person wol acht zu nämen, von deren die zeitungen herkommen; dan mins bedunkens ist es ein vorbereitung uf jetzigen bundstag. herzog Ulrichs halb kan ich nit achten, das er der geistlichen und prelaten halb etwas wider den Cadawischen vertrag handle; acht ouch nit, das der haft do lige, sonder mer im puncten das afterleben betreffen<sup>2</sup>. so ist herzog Cristof der grafschaft Mümpelgart halber in Frankreich geschickt worden<sup>3</sup>.

Dass Hauptleute angenommen seien, u. a. durch Max von Eberstein und Dietrich von Pfirt, sei zweifellos; er habe darüber von einem Edelmann, der sich bei jenen um eine Hauptmannschaft beworben, sichere Kunde. Dat. Strassburg Di. n. Joh. Evang. a. 34.

nr. 260. P. S. Franz Conrad von Sickingen habe vom kaiserlichen Hof, von dem er vor 6 oder 7 Wochen zurückgekehrt, die Nachricht mitgebracht, dass der Kaiser nächstes Frühjahr in Neapel und Sicilien Hof zu halten beabsichtige. In Frankreich fange man an, die Evangelischen zu verfolgen, «und ist die sag, als ob under andern des bischof von Paris bruder, der her von Langi, so zu Augspurg bi herzog Cristof von des kunigs wegen gestanden<sup>4</sup>, auch in gefengnus komen sei. daneben sagt man, das des Turken und Barbarussa botschaft bi dem kunig us Frankrich seien, also das man sich entlich einer französischen practicken uf Italien versicht, dorumb dan der konig dem babst mit der tyrannei<sup>5</sup> hofiert, und kai. mt. zu der rustung verursacht werde.»

<sup>1</sup> Dieselben Betrachtungen wie in voriger Nummer.

<sup>2</sup> Vgl. Wille 214 ff. u. unten nr. 272 u. 279.

<sup>3</sup> Vgl. Heyd III 24.

<sup>4</sup> Wilhelm du Bellay, Herr von Langey, war als Gesandter Frankreichs auf dem Augsburger Tage im Dec. 1533 für die Interessen Christophs von Württemberg eingetreten. S. Heyd II 417 ff.

<sup>5</sup> Sc. gegen die Evangelischen.